

Gewerkschaften für *Sicherheit im Wandel* oder vor der Herausforderung zu einer neuen *Politik der Arbeit* angesichts ökonomisch-ökologischer Krisendrohungen. Ein Essay

1. Gewerkschaften als Gegenstand systematischer Analyse – einleitende Bemerkungen¹

Ich sehe mich gegenwärtig an einer Art Wegscheide. Ich wende mich nach philosophischen zunehmend literarischen Themen zu. Ich entferne mich deutlich von meinen alten arbeitsforscherischen Bezügen, aber nicht von meinem arbeitspolitischen Engagement. Ähnlich wie schon vor zehn Jahren, nach dem Ende meiner Erwerbsbiographie, sehe ich mich wieder zu Zwischenbilanzierungen herausgefordert. In Bezug auf meine jahrzehntelange Forschung zu Mitbestimmung und Betriebsräten bot mir die jüngste Debatte um einen Generationswechsel in Betriebsratsgremien dazu Anlass. Ob ich mich damit doch noch einmal in der industriesoziologischen Debatte zu Wort melden kann, ist noch offen. Immerhin habe ich mich um die Veröffentlichung eines Beitrags in einer einschlägigen Zeitschrift bemüht. Ich bin aber auch immer Gewerkschaftsforscher gewesen, und bis auf den Tag suche ich mit meinen arbeitspolitischen Aktivitäten Resonanzen in der gewerkschaftlichen Öffentlichkeit zu erzeugen. Die Erfolge sind deutlich begrenzt. Doch auch hier liegt nach jüngsten Debatten um *Transformation und Demokratie* eine neuerliche Zwischenbilanzierung nahe.²

Gewerkschaftsforschung ist ein ‚klassisches‘ industriesoziologisches Thema. Mit der Marx-Renaissance der 1970er Jahre hat es seinerzeit massiven Auftrieb bekommen. Nach deren Ende und mit der Konjunktur der Betriebsratsforschung im Mainstream des Fachs wurde Gewerkschaftsforschung zu einem Thema, das so gut wie keinerlei Interesse mehr auf sich zog. Dem entsprach, dass die Betriebsratsforschung den Kontext von Gewerkschaften und Mitbestimmung im gleichen Zuge weitestgehend ausgeblendet hat. Ich habe das ziemlich bald als massiven Einschnitt für langjährige Forschungsstränge erlebt, an denen ich am früheren Landesinstitut Sozialforschungsstelle seit dessen Neugründung 1972 über mehr als zwei Jahrzehnte hinweg kontinuierlich gearbeitet hatte – für mehr als ein Jahrzehnt federführend. Ich habe mich also seit Mitte der 1980er Jahre gegen den Mainstream weiter arbeitswissenschaftlich und –politisch mit den deutschen Gewerkschaften als einem mir wichtigen Thema befasst (Martens 1992, Martens/Steinke 1993, Martens 1997 und 2005a u.

¹ Da dieser Essay u.a. auch ein Rückblick auf langjährige eigene Forschungsarbeiten am früheren Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund ist, die in den akademischen Diskursen der Arbeits- und Industriesoziologie wenig rezipiert worden ist, sind die Verweise auf Forschungsarbeiten, an denen ich beteiligt gewesen bin, ausgesprochen zahlreich. Da ich, der Akzentsetzung dieses Essays entsprechend zumeist nur am Rande inhaltliche Bezüge herstelle, sollte das aber zumutbar sein.

² Siehe dazu Martens 2021b und e

b) – und ich habe die Entwicklungen im Mainstream des Faches später verschiedentlich kritisiert (Martens 1994, 1996 und 2002). In meinen Beiträgen zu den Debatten um die Krise oder Neuvermessung der Arbeits- und Industriesozio­logie und zu den dabei gemachten wissenschaftlichen, vor allem aber methodischen Erfahrungen (Huchler 2008; Martens 2008, Pongratz/Trinczek 2010; Martens 2010) und in meiner persönlichen Bilanzierung am Ende meiner Erwerbstätigkeit (Martens 2013) habe ich das alles wiederholt reflektiert. Was also sind nun die neuerlichen Anlässe, mich den Gewerkschaften als Forschungsgegenstand zuzuwenden?

Ich engagiere mich seit knapp zwanzig Jahren im *Forum Neue Politik der Arbeit* (FNPA), einer Dialogplattform für Gewerkschaften und gewerkschaftsnahe Wissenschaft, die ihren Intentionen nach auch Repräsentanten neuer sozialer Bewegungen einbeziehen wollte (Martens 2016). Mit einem wichtigen Zwischenergebnis unserer dort geführten Debatten (Scholz u.a. 2006) hofften wir auf Impulse für die weitere innergewerkschaftliche Diskussion. Im Zusammenhang mit der Weltfinanzkrise 2008 hat eine Forschungsgruppe um Klaus Dörre dann, gegen den Mainstream der Indust­riesozio­logie; die Gewerkschaften selbst von neuem zum Gegenstand von wissen­schaftlicher Arbeit gemacht – oder genauer gesagt zum erklärten Gegenstand eines Forschungsprogramms (Brinkmann u.a. 2008) Im FNPA wurden nur wenig später Überlegungen zu einer *Neuen Wirtschaftsdemokratie* (Martens/Scholz 2010, Martens 2010) entwickelt - zu einem auf das Engste mit der Geschichte der deutschen Ge­werkschaften verknüpften Thema. Wir erachteten das nach dem Ausbruch der Welt­wirtschaftskrise von Neuem als gewerkschaftspolitisch relevant und aussichtsreich. Trotz der kurzfristigen Kurswechsel-Debatte der IG Metall (Huber 2010, IG Metall 2013) erzeugten wir jedoch eher geringe Resonanzen. Immerhin aber gab es da­mals, etwa auf dem Kurswechselkongress der IG Metall, gewerkschaftliche und ge­werkschaftsnahe Debatten um ökologische Herausforderungen und zur *Bildung pro­gressiver Bündnisse* (Wahl 2011). Auch die Debatte um eine neue *Mosaiklinke* wurde seinerzeit von einem Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall angestoßen (Urban 2009). Die Gewerkschaften selbst wurden für mich so erneut zum Thema. (Martens 2013, 127-148 und 2015).

Ähnliche Debatten wie vor zehn Jahren leben heute wieder auf. Die Anzeichen für eine Klimakrise türmen sich bedrohlich vor uns auf. Das Klimasekretariat der Vereinten Nationen konstatiert im Februar 2021, dass die konkreten Schritte, die aus dem Pariser Klimaabkommen folgen müssten, *weit hinter dem zurück(bleiben), was nötig ist*; und die Vorsitzende des Klimarats, Patricia Espinosa, erklärt bei der Präsentation der Daten: *wir laufen blind in ein Minenfeld* (SZ 27./28. 02. 2021). Zur gleichen Zeit hat sich das FNPA an einer Onli­ne-Tagung *Transformation und Demokratie* als Mitorganisator beteiligt.³ Auf

³ Veranstalter waren das *Forum Neue Politik der Arbeit* (FNPA), die *Kooperationsstelle der TU-Berlin* sowie das Netzwerk *Mitte der Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeit* (RENN-Mitte). Bis zu 150 Teilnehmer*innen diskutierten mit Repräsentant*innen aus Wissenschaft (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Universität Jena, TU-Berlin), Gewerkschaften

dieser Tagung bestand Einigkeit darüber, dass man ökologische und soziale Nachhaltigkeit zusammendenken müsse. Damit wurde die Herausforderung zur Bildung neuer Allianzen einmal mehr zu einem zentralen Thema. Dass erfordere, so Klaus Dörre (2020) einen Labour-Turn bei den Ökologen, einen Climate-Turn bei den Gewerkschaften – zusammen mit wechselseitiger Offenheit und Toleranz. Fragen, die mich in meiner wissenschaftlichen Arbeit seit 35 Jahren beschäftigen (Martens/Peter/Wolf 1984) stehen wieder auf der Tagesordnung – unter anderen, offenkundig dramatischeren Vorzeichen. Die Frage nach der Offenheit unserer Gewerkschaften für neue Allianzen stellt sich. Sie sind Organisationen und Institutionen, die aus einer alten, vergangenen sozialen Bewegung heraus entstanden und heute von Erosionsprozessen bedroht sind. Und das gilt für unsere institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften, die sich mit den wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien herausgebildet haben insgesamt. Die Frage, ob und wie sie und die für sie ins Auge gefassten Bündnispartner, NGOs und neue soziale Bewegungen wie ‚Fridays für Future‘, neue Allianzen bilden können, wird wichtig.

Ich selbst halte solche Allianzen für dringlich, habe mich aber in jüngerer Zeit wiederholt zurückhaltend und eher skeptisch geäußert – sowohl zu der Frage, ob und wie weitgehend unsere Gewerkschaften zu Treibern bei der Bildung solcher neuer Allianzen werden könnten (Martens 2018), als auch im Hinblick auf ihre Offenheit für gesellschaftskritische Impulse, die heute eher von der Ökologiebewegung oder auch von manchen NGOs ausgehen (Martens 2020). Ich sehe mich deshalb in der aktuellen Lage als langjähriger Gewerkschaftsforscher noch einmal dazu herausgefordert, die Ergebnisse meiner langjährigen Arbeit im Licht aktueller Entwicklungen neu zu reflektieren.

Ich resümiere dazu zunächst in knapper Form Verlauf und unterschiedliche Akzentsetzungen der Gewerkschaftsforschung in der Bundesrepublik. Dies tue ich vor dem Hintergrund der Gewerkschaftsforschung, mit der ich langjährig federführend am früheren Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund befasst gewesen bin. Außerdem greife ich auf einige zeitgeschichtliche Studien von Historikern zurück. Ehe ich dann zu Schlussfolgerungen komme, ziehe ich in einem nächsten Schritt noch zwei Beiträge aus aktuellen gewerkschaftlichen Veröffentlichungen heran. Sie informieren m.E. recht gut über die aktuellen gewerkschaftlichen Debatten und ich werte sie daher sekundäranalytisch aus. Für jemanden, der wie ich nicht (mehr) die Gelegenheit hat, sich frische Empirie wissenschaftlich, also methodisch kontrolliert, selbst zu erschließen, bleibt nicht viel mehr als solche Dokumentenanalyse. Ich ziehe also für meine Einschätzung heran: (1) das *Jahrbuch Gute Arbeit 2021* mit dem Schwerpunktthema *Demokratie in der Arbeit.*, (2) das aktuelle IG-Metall-Arbeitspapier *Sicherheit im Wandel*, das Auskunft dazu geben kann, wie derzeit innergewerkschaftlich die Herausforderungen absehbarer tiefgreifende Veränderungen in Folge von

(IG Metall, ver.di, IGBCE) von Fridays for Future und dem Rat für nachhaltige Entwicklung (RNE).

Corona, nächster Digitalisierungswelle und weiterer Dekarbonisierung der Wirtschaft diskutiert werden, und werden sollen.

In einem weiteren Schritt ziehe ich danach selbst Schlussfolgerungen im Hinblick auf die eher skeptischen Fragen, die mich zu diesem Essay veranlasst haben. In Anknüpfung an einige Arbeiten aus den letzten fünfzehn Jahren werde ich dabei einen starken Akzent darauf legen, dass unsere Gewerkschaften heute als *Organisationen und Institutionen der lebendigen Arbeit* verstanden werden sollten – wie oben schon angedeutet. Sie sind aus einer alten, vergangenen sozialen Bewegung hervorgegangen, zu einem tragenden Teil der institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften der ersten Nachkriegsjahrzehnte geworden und heute, wie diese Gesellschaften, die einmal für die wohlfahrtsstaatliche Prägung der westlichen Demokratien charakteristisch gewesen sind, von Erosionsprozessen bedroht. Zugleich unterliegen sie als Institution gewordene Organisationen aber auch anderen Zwängen als neue soziale Bewegungen. Ich bündele diesen, hier nur angedeuteten konzeptionellen Zugriff auf meinen Gegenstand in einigen Thesen. Danach kann ich abschließend die Frage aufwerfen, ob und wie unsere Gewerkschaften sich den neuen und drängenden Herausforderungen der Zeit öffnen können, die sich in neuen sozialen Bewegungen ausdrücken.

2. Transformation der Demokratie oder Sicherheit im Wandel – Gewerkschaften auf der Suche nach klaren Orientierungen

2.1. Gewerkschaften als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung.

Ich habe mich als Sozialwissenschaftler und empirischer Arbeitsforscher immer wieder und intensiv mit der Geschichte der deutschen Gewerkschaften nach 1945 beschäftigt. Zugleich sind die in ihnen Aktiven für mich immer wieder arbeitspolitisch die wichtigsten Adressaten meiner Bemühungen gewesen. Bisweilen bin ich versucht zu sagen, die Gewerkschaften seien für mich so etwas wie das *obskure Objekt der Begierde* gewesen. Wenn ich mich ihnen vor diesem Hintergrund im neuerlichen Anlauf in einem Essay zuwende, komme ich nicht umhin die Hauptlinien der soziologischen Debatten zunächst noch einmal kurz Revue passieren zu lassen. Dies wäre – nach der *verhinderten Neuordnung* (Schmidt 1970) - ein Weg von der Kennzeichnung der *Gewerkschaftsbewegung in der Bundesrepublik als Blinde(r) Macht* (Pirker 1960) über das innere Spannungsverhältnis von *Ordnungsfaktor oder Gegenmacht* (Schmidt 1971) und den *Doppelcharakter der Gewerkschaften* (Zoll 1976) zur der typisierenden Unterscheidung von *konfliktorischer oder kooperativer Gewerkschaftspolitik* (Bergmann u.a. 1975). Die Industriesoziologische Forschung und die folgenden Debatten führen weiter zum Angekommen-Sein der Gewerkschaften in der *Sozialen Demokratie* (Streeck 1981), ehe dann das eigentlich klassische industriesozi-

logische Thema Gewerkschaften sehr rasch keinerlei Forschungskonjunktur mehr hat.

Das ist eine Entwicklung, die in der sozialwissenschaftlichen Debatte mit Anknüpfungen an sozialistische Traditionslinien einsetzt, die ihrerseits auf Elemente Marx'scher Theorie rückverweisen. Mit der Typisierung konfliktorisch versus kooperativ. verlieren solche Bezüge zu Elementen Marxscher Theorie in der Gewerkschaftsforschung, die in den 1970er Jahren am Frankfurter Institut für Sozialforschung betrieben worden ist, deutlich an Gewicht. Auch die ihr zugrundeliegenden Konzepte sind zwar später als emphatische Gewerkschaftstheorie bezeichnet worden Aber im Vergleich zu den explizit an Elementen Marxscher Theorie anknüpfenden Ansätzen gemessen, etwa an dem Vorschlag von Rainer Zoll, ist die, empirisch sorgfältig begründete, typisierende Unterscheidung der Frankfurter eher ‚oberflächlich‘. Die industriesoziologische Debatte der siebziger Jahre endet schließlich auf dem Boden der wohlfahrtsstaatlich verfassten westlichen Demokratien. Amitai Etzionis (1975) *Theorie gesellschaftlicher und politischer Prozesse in der aktive(n) Gesellschaft* steht bei Wolfgang Streeck im Hintergrund. Gerhard Brandt (1984) hat bald danach eingeräumt, dass das theoretische Modell, das Streeck bei seiner empirischen Analyse geleitet habe, dem der Gewerkschaftsforschung der Frankfurter⁴ überlegen gewesen sei. Und Walther Müller-Jentsch kommt, etwa zur gleichen Zeit, also ziemlich bald nach Abschluss der großangelegten Gewerkschaftsstudie des IfS, zu folgendem Ergebnis: Hoffnungen auf *die Stärkung der Selbsttätigkeit der einzelnen Arbeitnehmer, die Demokratisierung des Betriebs, mehr Gewerkschaftsdemokratie und – last but not least – die Entbürokratisierung des Tarifwesens*, wie sie zu dieser Zeit z. B. Peter von Oertzen noch formuliert habe, seien ihm zwar immer noch *sympathisch*, er könne sie aber *nicht (mehr) teilen*. Denn *die Gewerkschaften seien zum integralen Bestandteil des mit dem Industrialismus symbiotisch verbundenen bürokratischen Gehäuses geworden*. Dass sie *den Pakt der klassenübergreifenden Wachstumsallianz* aufkündigen würden, sei von ihnen nicht zu erwarten. Die hier angeführte Passage endet mit den Sätzen:

Als symptomatisch für ihre Unfähigkeit, innovative demokratische Potentiale aufzunehmen und zur Revitalisierung ihrer versteinerten Organisationspraxis zu nutzen, erscheint mir ihr Umgang mit gewerkschaftsnahen Gruppen der Grünen und mit der Friedensbewegung (Müller-Jentsch 1984, 27).

Der Weg zu seiner späteren *Soziologie der Industriellen Beziehungen* ist damit vorgezeichnet. Allerdings ist darin nicht mehr das *bürokratische Gehäuse*, das auf Max Weber verweist, der theoretische Bezugspunkt. Vielmehr werden nun für das *in seiner Essenz konflikttheoretisch begründbare Verhältnis von Kapital und Arbeit die regulierenden Institutionen und Mechanismen* wichtig. In ihnen *manifestier(e) es sich*

⁴ Auf die Studie von Bergmann u.a. (1975) ist seinerzeit ein groß angelegtes Forschungsprojekt des IfS gefolgt, das von Gerhard Brandt geleitet wurde und in dem zeitweilig sieben Sozialwissenschaftler gearbeitet haben.

heute vorwiegend, und es erschließ(e) sich zwanglos der systemtheoretisch orientierten Analyse.⁵ Die 1984 bei Müller-Jentsch noch zu bemerkende Ernüchterung und Frustration über eine *versteinerten Organisationspraxis* der Gewerkschaften weicht in den Folgejahren allmählich einer Faszination über die Stabilität der Institutionen der Arbeit, insbesondere der Betriebsräte.⁶

Die Gewerkschafts- und vor allem Konfliktforschung, die in den 1970er Jahren am damaligen Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs) durchgeführt worden ist (Dzielak u.a. 1978, 1979 und 1981), war an all diesen soziologischen Debatten kaum beteiligt.⁷ Die herausfordernde Etablierung eines Typus anwendungs- und politiknaher Forschung, damals fast ein Alleinstellungsmerkmal der sfs, zehrte unsere Ressourcen auf. Die damalige industriesoziologische Debatte aber, insbesondere von Streeck und Müller-Jentsch geprägt, wurde Teil einer raschen und merkwürdig stillschweigenden ‚Beerdigung‘ der Marxrenaissance der 70er Jahre. Zweifellos aber haben beide Seiten in den siebziger Jahren mit Gründen beansprucht, kritische Gewerkschaftsforschung zu betreiben. Einmal, das gilt für die Frankfurter, gegen gewerkschaftliche Anpassungsprozesse, die ihnen – insoweit immer noch in Anknüpfung an Traditionslinien marxistisch geprägter Gewerkschaftsforschung - problematisch erschienen; auf der anderen Seite, also bei Streeck, gegen ein aus dessen Sicht verfehltes Mitschleppen alter Traditionsbestände – in der Wissenschaft, wie auch in den Gewerkschaften selbst.⁸

⁵ Der Bedarf nach institutionentheoretischer Fundierung ist hier offenkundig. Karl-Siegbert Rehberg (1994, 55) setzt die allerdings scharf von der Luhmannschen Systemtheorie ab, die er als *unverzeihlichen Rückfall in alle Sünden einer begrifflichen Scholastik* kritisiert. In der Zweiten Auflage des Lehrbuches von Müller-Jentsch (1997) werden hingegen systemtheoretische, marxistische, institutionalistische, handlungstheoretische und ökonomische Ansätze aneinandergereiht und in einem erweiterten institutionalistischen Ansatz mehr oder weniger vermischt.

⁶ Auf die fokussiert dann auch die industriesoziologische Forschung in den neuen Bundesländern.

⁷ Der Bezugsrahmen der damaligen Streikuntersuchungen war entgegen den Intentionen des ersten Institutsdirektors, Willi Pöhler, relativ stark marxistisch orientiert (Dzielak u.a. 1978, 15-43), während die stark anwendungsorientierte empirische Forschung selbst erheblich von phänomenologischen Ansätzen geprägt war. Siehe rückblickend Martens 1992 und 1994a.

⁸ Zugleich unterschied sich das jeweilige Selbstverständnis von der eigenen Rolle als Wissenschaftler. Die Frankfurter waren einem aufklärerischen politischen Engagement verpflichtet, wie ihre damalige Herausgeberschaft der *kritischen Gewerkschaftsbücher* und ihre Mitarbeit im *Sozialistischen Büro* belegt: Wolfgang Streeck sah sich hingegen - wie ich aus einer abendlichen Diskussion mit ihm am Rande einer Sitzung des damaligen DFG-Förderschwerpunkts Industrie und Betriebssoziologie gut erinnere – eher als kritischer Wissenschaftler in der Gesellschaft. Als einen Beleg dafür, dass er richtig liege, sah er es damals an, dass er sich „zwischen alle Stühle gesetzt“ und dennoch erfolgreich behauptet habe – gegenüber der Marxrenaissance bei den Industriesoziologen, wie auch gegenüber der in Teilen immer noch vorherrschenden traditionalistisch-klassenkämpferischen Gewerkschaftsrhetorik, wie sie insbesondere von der IG Metall gepflegt wurde.

An der sfs hat es gegen den Mainstream der Forschungskonjunkturen in der Arbeits- und Industriosozologie unter meiner Federführung eine beachtliche Kontinuität von Gewerkschaftsforschung gegeben – zunächst im Hinblick auf die Herausforderungen, denen sich die großen Industriegewerkschaften im Ruhrgebiet gegenübersehen, dann in Bezug auf den gewerkschaftlichen Organisationsaufbau in Ostdeutschland und weiter zu den Gewerkschaftszusammenschlüssen und Organisationsentwicklungsprozessen, die sich dich über die 90er Jahre hinweg bis weit in die Anfänge des folgenden Jahrhunderts hingezogen haben.⁹ Es lohnt an dieser Stelle nicht, von diesem knappen Abriss ausgehend, weiter in die jeweilige damalige Aufbereitung empirischer Befunde einzusteigen – weder in Bezug auf die Arbeiten Anderer, die die öffentliche Debatte geprägt haben, noch in Bezug auf die Forschung an der sfs. Wenn man aber Im heutigen Rückblick verstehen will, wie die Gewerkschaften sich in der Geschichte der Bundesrepublik entwickelt haben, ist ein Blick auf die Veränderungen ihrer offiziellen Programmatik hilfreich. Ich greife dazu die DGB-Grundsatzprogramme von 1949, 1963 und 1996 heraus.

Das Programm von 1949 ist geprägt vom Versuch der Anknüpfung an Programmatische Traditionsbestände, und darin festgehaltene theoretische Versatzstücke, wie etwa das Konzept der Wirtschaftsdemokratie von 1928 – nun aber unter dem Vorzeichen einer neuen einheitsgewerkschaftlichen Orientierung, also ohne den 1928 noch ganz selbstverständlich mitgedachten Zielpunkt eines Sozialismus, der vor allem durch immer bessere Planung im Interesse der Masse der Bevölkerung, gewährleistet durch einen sukzessiven Austausch der Führungseliten, erreicht werden sollte. Unter den Bedingungen einer lange fortwirkenden Dominanz der westlichen Besatzungsmächte, des heraufziehenden kalten Krieges, vor allem aber der Dynamik in der nun anlaufenden neuen A-Phase einer langen Welle der Konjunktur, konnte das kein realitätstüchtiges Programm werden.¹⁰ Die von den Gewerkschaften erkämpfte Montanmitbestimmung konnte nicht mehr sein als die *Realisierung einiger Grundgedanken der Wirtschaftsdemokratie für die Kräfteverhältnisse der Nachkriegszeit* (Borsdorf 1986). Die Gewerkschaften befanden sich damit auf dem Weg in die von ihnen aktiv mitgestaltete, wohlfahrtsstaatliche Nachkriegsdemokratie.

Das Programm von 1963 trägt den Erfahrungen der Dynamik des „Wirtschaftswunders“ Rechnung und folgt der programmatischen Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie seit Godesberg 1959. Die arbeitsteilig gedachten wechselseitigen Bezüge zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie waren eben noch ausgesprochen eng. Allerdings sind Traditionsbestände aus der Arbeiterbewegung in den Gewerkschaften, insbesondere in der IG Metall der Ägide Brenner, noch deutlich stärker ausgeprägt – und sie werden im Zuge von deren Bildungsobleutebewegung in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre und über den *Erfahrungsansatz* einer betriebsnahen

⁹ Siehe dazu u.a. Martens/Steinke 1993, Kapp/Martens 1996, Martens 1992a und b, 1993, 1995 a und b, 1996, 1997a und b., Martens, 2003a und b sowie 2006.

¹⁰ In den Debatten um eine neue Wirtschaftsdemokratie bin ich darauf wiederholt ausführlich eingegangen. Siehe dazu Martens 2010, 2011 und 2018.

Bildungsarbeit (Negt 1968) geradezu neu belebt. Während so mit dem ersten Generationswechsel an der Spitze der Gewerkschaftsvorstände klassenkämpferische Restbestände an Gewicht verlieren,¹¹ bleiben sie in Teilen der betrieblichen Basis, etwa in der Stahlindustrie mit und nach den Septemberstreiks 1969 sehr bedeutsam.¹²

Noch die angestelltenpolitischen Initiativen, gut fünfzehn Jahre später, wird - jedenfalls bei der IG Metall in den dazu ausgewählten lokalen Schwerpunkten – vor allem von Funktionären getragen, die immer noch mehr oder weniger stark von traditionellen Bezügen geprägt sind.¹³ Mit der Implosion des Staatssozialismus in Osteuropa und in der ehemaligen Sowjetunion brechen nicht nur diese Initiativen ab, weil der Organisationsaufbau Ost nun zur zwingenden Tagesaufgabe wird (Martens 1992, Martens/Kapp 1995, Martens 1996). Vielmehr werden die bis dahin noch vorhandenen traditionalistischen Restbestände nunmehr erheblich geschwächt. Letzte Versuche einiger Gewerkschafter und gewerkschaftsnaher Intellektueller *Jenseits der Beschlusslage* (Hoffmann u. a. 1990) Impulse für eine progressive und dabei kapitalismuskritische Neuerringung von Bewegungsstärke zu setzen, hängen sozusagen schnell ‚in der Luft‘. Die dann um die Mitte der 90er Jahre geführte Debatte um ein neues DGB-Grundsatzprogramm wird danach von zweierlei gekennzeichnet sein: Zum einen macht sich das neoliberale Rollback gegen die wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien zunehmend bemerkbar. Zum anderen zeigt sich nun, dass die gewerkschaftliche Programmatik praktisch nicht mehr durch Zielvorstellungen beeinflusst wird, die über eine kapitalistisch geprägte Gesellschaft hinausweisen und dass es aus gewerkschaftlicher Sicht nun vor allem darauf ankommt, die sozialen Errungenschaften der vorausgegangenen Jahrzehnte zu verteidigen. Die soziale Marktwirtschaft soll eine bessere Gegenwart und den noch denkbaren zukünftigen Fortschritt gewährleisten (Martens 1997a).

Nimmt man diesen langjährigen Entwicklungsprozess ernst, den ich hier selbstverständlich nur knapp umreißen konnte - und zu dem Historiker und Politikwissenschaftler mit Biographien von Gewerkschaftern, die in den einzelnen Phasen wichtige Führungsfunktionen innehatten, vermutlich mehr erhellendes beisteuern können als soziologische Untersuchungen, die eher ‚kurzatmig‘ auf strukturelle Bedingungen

¹¹ Siehe in diesem Zusammenhang auch die Untersuchung von Michael Scepłabi (1973) zum Gesellschaftsbild der Gewerkschaften.

¹² Überhaupt sind Generationswechsel im Funktionärskörper hier in ihrer Bedeutung kaum zu unterschätzen. Für die betriebliche Ebene habe ich das in meiner kritischen Analyse der gegenwärtigen, ganz anders fokussierten Generationswechseldebatte nachgezeichnet (Martens 2021a).

¹³ Ich habe keinen systematischen Überblick aufgrund eigener älterer Empirie, kann mich bei dieser Einschätzung aber auf mehrere spätere Expertengespräche mit damaligen Aktiven im Zuge späterer Untersuchungen zu gewerkschaftlichen Handlungsansätzen in der um die Jahrtausendwende so genannten New Economy und bei der Analyse von Standortkonflikten während des Konjunkturzyklus 2002 bis 2008 stützen (Martens 2005, Martens/Dechmann 2010, 128-141).

und Folgen jeweils gerade aktueller Veränderungen hin angelegt sind¹⁴ -, dann ergibt sich ein anderer, erhellender Blickwinkel auf neuere Untersuchungen. Gemeint sind Versuche - z.T. direkt mit der Weltwirtschaftskrise von 2008 verknüpft, z.T. unabhängig davon aus der Tradition Marxscher Theorie heraus verfolgt -, die darauf abgezielt haben, die Gewerkschaften doch noch einmal eher klassenkämpferisch neu zu orientieren. Das Buch *Strategic Unionism* (Brinkmann u.a. 2008) ist ein solcher Versuch einer späten Wiederanknüpfung.

Ausgegangen wird von einer Krise gewerkschaftlicher Repräsentation in Deutschland, und der Blick wird dann auf Ansätze zu gewerkschaftlicher Revitalisierung im globalen Rahmen ausgeweitet – in Österreich, den USA, in Südkorea oder in Südafrika. Das erleichtert es, von Gewerkschaften als sozialen Bewegungen zu sprechen. Der analytische Rahmen ist soziologisch. In einem *Machtressourcenansatz* werden *strukturelle, organisatorische* und *institutionelle Macht* unterschieden.¹⁵ Das macht analytisch ohne Zweifel Sinn. Aber die wissenschaftliche Arbeit, die nicht weniger beansprucht, als eine *empirisch orientierte Forschungs- und Suchstrategie* vorzuschlagen (a. a. O. 68) , die *aus der Krise zur Erneuerung* weisen soll, weicht einer entscheidende Frage aus: In der Wendung gegen eine *Pfadhermetik* – von der sozialen Bewegung zur Institutionalisierung, aber nicht wieder zurück – verzichtet sie auf eine systematische soziologische Reflexion der sozialen Wirkungen von Institutionalisierungsprozessen sowie nach dem darüber ausgebildeten und darin fundierten Selbstverständnis, das die Gewerkschaften in der Bundesrepublik mittlerweile haben. Wenn sie sich selbst, was hier meine leitende These ist, in Deutschland als Institutionen der lebendigen Arbeit, also als eine tragende Kraft der sozialen Demokratie und als in ihr angekommen, begreifen, stellt sich die Frage danach, wie man vorhandene Machtressourcen nutzt und auf welche man vielleicht in besonderer Weise setzen will, anders, als dort, wo Gewerkschaften eher noch als soziale Bewegung um Anerkennung in der Gesellschaft kämpfen – und dies ohne die vermeintlich einmal recht klaren, tatsächlich aber sehr vagen Zielvorstellungen über den Kapitalismus hinaus, die die frühe Arbeiterbewegung noch ‚beseelt‘ haben.

Doch auch tragende Antriebe und Motive, die Gewerkschaften einmal als Teil einer sozialen Bewegung ausgemacht haben, wirken nach erfolgreichen Institutionalisierungsprozessen weiter fort – insbesondere dann, wenn sie auch in der Gesellschaft,

¹⁴ Ich denke hier insbesondere an die Biographien über Otto Brenner (Becker/Jentsch 2007) - in Bezug auf die fünfziger und sechziger Jahre - oder Eugen Loderer (Kemter 2003)– hinsichtlich des darauf folgenden ‚sozialdemokratischen Jahrzehnts der siebziger Jahre und dann die ersten spürbaren Wirkungen des beginnenden neoliberalen Rollbacks – sowie insbesondere die über Hans Matthöfer, die über den Zeitraum der beiden erstgenannten Untersuchungen noch hinausreicht und zudem den Vorzug hat, mehrere Perspektiven zu verbinden: die eines Gewerkschafters, eines Politikers und auch eines Unternehmers, der versucht hat, die Reste des zerfallenen gewerkschaftlichen ‚Imperiums‘ der Gemeinwirtschaftlichen Unternehmen zu retten.

¹⁵ Diskutiert wird an US-amerikanischen Beispielen ein *social movement unionism* der auf *Erneuerung durch Kampagnenfähigkeit* und auf *Bündnisfähigkeit* sowie auf *Organizing in Bereichen hochqualifizierter und prekärer Arbeit* setzt (a. a. O. 45-69).

in der sie so Anerkennung und Funktion gewonnen haben, bedeutsam sind – allerdings eingebunden in nunmehr andere Leitideen als die, die für sie zu Beginn ihrer Geschichte einmal höchst bedeutsam gewesen sind. Im Falle unserer Gewerkschaften gilt das so für unsere Gesellschaft – als Teil eines im neoliberalen Geist globalisierten ökonomischen und politischen Weltsystems – im Hinblick auf das herrschende Fortschrittsparadigma. Die Utopie des Sozialismus als tragendes Motiv einer Fortschrittsgläubigen Arbeiterbewegung mag sich verflüchtigt haben. In Gestalt der Vorstellung eines stetigen wissenschaftlich-technischen Fortschritts, ebenso wie der eines beständig fortgesetzten wirtschaftlichen Wachstums, wirkt dieses Fortschrittsparadigma aber weiter fort. Es ist ein Produkt des Aufstiegs des Bürgertums im 19. Jahrhundert und hat als solches massiv in die diversen Marxismen und die durch sie geprägte Arbeiterbewegung hinein gewirkt.¹⁶ Folgerichtig begegnet es uns auch in den aktuellen gewerkschaftlichen Debatten zu den Herausforderungen unserer Zeit.

2.2. Transformation und Demokratie – innergewerkschaftlich kritische Reflexionen eines wachsenden Veränderungsdrucks

Das Jahrbuch Gute Arbeit wird seit 2009 von je einem Vorstandsmitglied der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und der IG Metall herausgegeben. *Wissenschaftlich informiert und politisch ambitioniert*, so Hans Jürgen Urban anlässlich des zehnjährigen Jubiläums im Jahr 2018, bündelt es mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen die Debatten um dieses von den DGB-Gewerkschaften ins Leben gerufene Projekt. Die Absicht ist, so gewerkschaftliche Handlungsansätze in arbeitspolitisch zentralen Feldern zu kommunizieren und zu unterstützen. Die Ausgabe *2021 Demokratie in der Arbeit. Eine vergessene Dimension der Arbeitspolitik?* ist im Kontext der Fragen, die mich in diesem Aufsatz beschäftigen, u.a. deshalb von besonderem Interesse, weil darin eine aktuelle wissenschaftliche Debatte aufgegriffen wird, die die Demokratiefrage ziemlich radikal aufwirft, mit der das Forum Neue Politik der Arbeit, wie schon erwähnt, nach der Weltfinanzkrise 2008 innergewerkschaftlich keine nennenswerte Resonanz auslösen konnte. Hinzu kommt, dass in vielen Beiträgen des Bandes die Forderungen nach einer weiteren Demokratisierung von Arbeit eng mit einer Herausforderung zur Bewältigung transformatorischer Prozesse verknüpft wird.¹⁷

¹⁶ Bekanntlich hat Walter Benjamin schon früh die Fortschrittsgläubigkeit der Arbeiterbewegung als deren größte Schwäche erkannt, und die scharfen Kritiken eines *prophetischen Marxismus* bei Albert Camus und Hannah Arendt nehmen das auf. Ausführlich habe ich mich jüngst in einem längeren Essay mit dem uns nach wie vor beherrschenden Fortschrittsparadigma auseinandergesetzt (Martens 2021c).

¹⁷ Der Band enthält in vier Abschnitten unter den Überschriften (1) Demokratisierung als Schlüsselaufgabe, (2) Beiträge aus der Wissenschaft, (3) Demokratisierung der Arbeit-Ansätze aus gewerkschaftspolitischer Sicht sowie (4) Beiträge aus der Praxis – „Demokratische Arbeit“ in der Bewährung, 19 Beiträge nebst Einleitung und einem Anhang mit Daten,

Als relativ stetiger Beobachter der Debatten zu guter Arbeit, auch nach Beendigung meiner Berufspraxis an einem Forschungsbereich *Arbeit und Gesundheit* an der Sozialforschungsstelle Dortmund, bin ich nach erster, flüchtiger Durchsicht des Buches zu einer genaueren Lektüre nur mäßig motiviert gewesen. Das hatte kurz gefasst drei Gründe. (1) Mir begegnete die bekannte gewerkschaftliche Diskussion, und es kam das Gefühl auf: das bewegt sich auf den gewohnten Pfaden und ist so ein bisschen eine Art ‚schmoren im eigenen Saft‘. (2) Dabei werden, wie überzeugend formuliert auch immer dargelegt - etwa bei Hans-Jürgen Urban, der Zusammenhang von kapitalistischer Krise, hinzukommender Pandemie und Forderung nach einem neuen Entwicklungsmodell – Überlegungen entwickelt, die letztlich in die bekannten gewerkschaftlichen Dilemmata münden. (3) Ein wenig war ich wohl auch davon enttäuscht, dass zum Thema Arbeit und Demokratie praktisch kein Bezug zu den Debatten auftauchte, die das FNPA in den Jahren zuvor zu diesem Themenkomplex geführt und mit Veröffentlichungen dokumentiert und weiter zugespitzt hat.

Diesen ersten Eindruck habe ich bei der Lektüre des Beitrags von Christoph Schmitz, dem zweiten der beiden Herausgeber, zu korrigieren begonnen, denn dessen Argumentation, dass *gute Arbeit* immer schon eine demokratiepolitische Agenda beinhaltet, war nicht nur gut zu lesen. Ich fand die Argumentation dazu, dass und wie abhängig Beschäftigte immer Herrschaft unterworfen sind, anregend und gut belegt (von Hugo Sinzheimer über die Bayrische Verfassung zu den Freiburger Thesen der früheren FDP). Erfreulicher Weise ist sie auch mit der Feststellung verknüpft, dass *direkte Basisbeteiligung* erst in diesem Jahrhundert zu einem orientierenden Leitbild der Gewerkschaften geworden ist.¹⁸ Betont wird weiterhin der Umstand, dass es hier immer um *eine Veränderung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen in Betrieb und Gesellschaft* geht. Zielführend ist ferner, dass und wie Schmitz im Kontext der von ihm durchaus radikal aufgeworfenen Demokratiefrage konsequent von *abhängig* Beschäftigten spricht.

Dieser motivierende Eindruck hat sich jedoch beim weiteren Lesen nur zum Teil wieder verflüchtigt. Auf der einen Seite habe ich auch in Beiträgen, die ganz in der Kontinuität vorausgegangener Veröffentlichungen stehen – so z. B. dem von Richard Detje und Dieter Sauer zu *Demokratie der Arbeit im Krisenzeitalter* - z.T. neu Anregendes gefunden, aber auch einige ‚Leerstellen‘ und begriffliche Unschärfen, die sich aus meiner Sicht durchhalten¹⁹ Auch ist mir - schon bei den Beiträgen aus der Wis-

Schwerpunkten und Trends zum Themenschwerpunkt. Auf meiner Homepage (Martens 2021c) relativ ausführliche Exzerptnotizen und Einschätzungen dazu eingestellt.

¹⁸ Es sei in Erinnerung gerufen, dass Müller-Jentsch 1984 eben eine solche Entwicklung angesichts einer ‚versteinerten‘ Organisationspraxis für die Zukunft ausgeschlossen hat.

¹⁹ Das gilt z.B. für die in mehreren Beiträgen durchgängige – und aus meiner politikwissenschaftlichen Sicht problematische Verwendung des Begriffs der *Interessenpolitik*, oder die Aussparung der mangelnden Orientierung unserer Gewerkschaften auf eine *Neue Politik der Arbeit*. Mit dem Begriff der *Interessenpolitik* habe ich unverändert meine Probleme. Politik ist für mich, mit Hannah Arendt, das *Übersteigen von Interessen und Motiven der Handelnden*, nachdem diese, klar artikuliert, in den politischen Prozess eingebracht worden sind (Brok-

senschaft, dann aber auch bei den Praxisbeiträgen - sehr schnell klar geworden, dass ich mittlerweile doch schon ganz schön weit von frischer arbeits- und industrie-soziologisch aufbereiteter Empirie entfernt bin. Auch deshalb, weil ich da einige Lücken schließen konnte, war das Buch für mich unter dem Strich lohnend. Auf der anderen Seite bin ich aber auch mehrfach gerade im Hinblick auf meine Erwartung an für mich ergiebige Berichte aus der Praxis enttäuscht worden – und bei denen, die da empirisch gehaltvoll sind, bin ich von dem ‚stillschweigenden‘ Pragmatismus ernüchtert, der sie aus meiner Sicht immer wieder kennzeichnet, weil sie mit den radikalen Analysen der Einleitungsbeiträge nicht wirklich vermittelt sind.

Der Beitrag eines Gewerkschafters, der schon lange nicht mehr den Zwängen seines beruflichen Alltags unterworfen ist, anders als alle anderen Gewerkschafter, die sich in diesem Buch zu Wort melden, verdient besondere Aufmerksamkeit – wegen seiner Radikalität und weil viele andere, die angesichts der Alltagszwänge deutlich pragmatischer argumentieren, wiederholt auf diesen Beitrag Bezug nehmen. Es handelt sich um Detlef Hensche, den früheren ersten Vorsitzenden der Gewerkschaft Druck und Papier. Hier schreibt einer, der als Gewerkschafter gelernt hat, *Arbeitspolitik* zu machen. Die Zwischenüberschriften machen den Gang der Argumentation sichtbar: Es geht ihm um *Voraussetzungen einer Demokratie-Offensive*, gerade auch unter den aktuellen Bedingungen (Corona-Krise). *Öffentliche Güter* werden als *ein Unterpfand für Wohlstand und Demokratie* kenntlich gemacht, Unter einer weiteren Überschrift handelt er von *Eigenverantwortung und Demokratie in der Arbeit*; die gerade zu Zeiten der Corona-Pandemie im Gesundheitswesen sichtbar und öffentlich anerkannt werde; aber *ein Lump, der dies vergisst und der Anerkennung keine Taten folgen lässt* (a. a. O. 109). Bei der Behandlung der *Fundamente und Stufenfolge der Mitbestimmung* spricht er klar aus, dass es um *Wirtschafts- und Sozialräte seit langem still geworden* und dass *die Mitbestimmung am Arbeitsplatz in Vergessenheit geraten* ist (a. a. O. 109f). Vor allem aber zeigt er in aller Schärfe, dass die einzelnen abhängig Beschäftigten *bei Strafe von Sanktionen betrieblicher Herrschaft unterworfen* sind – und dass dies *der Preis der, im internationalen Vergleich, komfortablen repräsentativen Interessenvertretung* (Mitbestimmung) ist.

Es geht in diesem Beitrag um *Freiheit und aufrechten Gang*. Doch es wird nicht vergessen, dass *auch die lebendigste Basisdemokratie (...) nicht gegen die Versuchung gefeit* ist, *dominante, aber partielle Ziele für das Ganze zu nehmen* (a. a. O. 111). Deshalb geht es bei *Klimaschutz und demokratischem Umbau* um den *Nerv unserer sozialen Existenz* – und *der Begriff der Transformation klingt eher wie eine euphemistische Umschreibung der existenziellen Dramatik* (a. a. O. 112). Sichtbar werden

meier 1994, 169). Dann geht es um das Finden neuer Lösungen, die Partialinteressen verknüpfen können - und nicht einfach um Kompromisse. Hinter *Interessenpolitik* vermute ich dem hingegen immer noch das Fortwirken eines nicht zu Ende gedachten Verständnisses von ‚objektiven‘ Klasseninteressen. Detlef Hensche hat in seinem glänzenden Beitrag zu diesem Jahrbuch nicht nur die *Falle vorschnell verallgemeinerter Interessen* (a. a. O. 110) völlig zu Recht mit großem Nachdruck betont. Ich denke das liegt auf der Linie meiner hier nur knapp skizzierten Vorbehalte.

so Skepsis gegenüber dem herrschenden Krisenkorporatismus und die Forderung nach einer neuen *Konversationsdebatte*, nicht am Schreibtisch sondern mittels Belegschaftsbeteiligung. Die Argumentation mündet in Überlegungen zu einer *demokratischen Landnahme*, gewiss als *Utopie, aber nicht ohne Wege der Annäherung* – etwa unter Hinweis auf den bemerkenswerten Rücklauf einer IG Metall-Befragung zu Arbeitszeitpräferenzen aus dem Jahr 2018, weiter auf die *Entzauberung der betrieblichen Hierarchie* durch den im Streik vollzogenen *Akt der Selbstbestimmung* (a. a. O. 115)²⁰ oder auch den abschließenden Hinweis darauf, dass *im Kampf um Stellenpläne und Entschleunigung Freiräume qualitätsbewusster und selbstbestimmter Arbeit zurückerobert* werden (a. a. O. 116).

Die Verwendung des Begriffs der Transformation findet sich allerdings nur in diesem Beitrag in solcher Weise. In der Regel wird er eher unscharf verwandt bezieht sich aber wohl – so definiert bei Nicole Mayer-.Ahuja (a. a. O. 82) - auf *Digitalisierung, die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, Globalisierung, die Neugestaltung von Wertschöpfungsketten, Dekarbonisierung, Elektromobilität* – also auf die tief einschneidenden Umbrüche, die im Fortgang einer Globalisierung auf entfesselten Märkten und im neoliberalen Geist absehbar sind. Zu der Radikalität, mit der die Demokratiefrage zu Beginn des Bandes im Sinne einer Infragestellung kapitalistischer Herrschaft in Betrieb und Unternehmen aufgeworfen wird, markieren die Unschärfe und faktische Begrenzung des Transformationsbegriffs – ausgenommen der Beitrag von Hensche – einen auffälligen Kontrast.

Eine weitere Frage, die sich nach der Lektüre der *Berichte aus der Praxis*, dann aber auch nach der des Buches insgesamt stellt, lautet aus meiner Sicht: was heißt es eigentlich, dass die Berichte aus der Praxis zu hoch bedeutsamen ‚Zukunftsfeldern‘ gewerkschaftlicher Arbeitspolitik wie Mobilität und *Krise der Automobilindustrie* oder *fragmentierte Plattformarbeit*, anders als im Titel dieser Gruppe von Beiträgen suggeriert wird, nicht von Gewerkschaftspraktikern geschrieben werden? Darüber nachdenkend bin ich zu dem Schluss gekommen, dass dieser Gesamteindruck für mich vor allem von Folgendem geprägt wird:

Ich habe erstens gute, oder auch sehr gute, ja mitreißende Artikel zu Beginn des Buches, oder am Anfang einzelner seiner Abschnitte gefunden, die das heute immens Herausfordernde des Zusammenhangs von Arbeit und Demokratie unterstreichen. Darauf folgend enthält der Band zweitens drei Beiträge von gewerkschaftsnahen Wissenschaftler*innen, die das seriös unterlegen, dabei aber bei der Frage nach Handlungsperspektiven, die diesen Herausforderungen gerecht werden sollen, bereits recht verhalten argumentieren. Im weiteren folgen dann drittens Praxisberichte, die – bewusst zugespitzt formuliert - angesichts von Entwicklungen, die derzeit *den Nerv unserer sozialen Existenz* treffen und deshalb unsere Gewerkschaften zu einer *Demokratie-Offensive* herausfordern müssten – so Hensche in diesem Band -, letzt-

²⁰ Das waren einmal Hintergrundüberlegungen bei den Streikuntersuchungen, mit denen ich in den 1970er Jahren meine Wissenschaftlerlaufbahn begonnen und die ich in der Einleitung zu diesem Aufsatz erwähnt habe.

lich immer mehr oder weniger pragmatisch von den gegebenen (noch) institutionell befestigten Grundlagen der Mitbestimmung in Betrieb und Unternehmen ausgehen – und dabei eigentlich kaum einmal systematisch reflektieren, dass die vermeintliche *Erfolgsgeschichte der Mitbestimmung eher als eine Geschichte zurückgenommener Ansprüche* begriffen werden müsste.²¹ Mir fehlt hier also, ähnlich wie in den aktuellen gewerkschaftlich initiierten Debatten um *Erinnerungskulturen sozialer Demokratie*, nicht den dazu beigebrachten wissenschaftlichen Untersuchungen, eine selbstkritische Auseinandersetzung mit der Frage, was die Gewerkschaften selbst im Vollzug ihrer Institutionalisierung selbst zum Verlust eines kritischen Geschichtsbewusstseins hinsichtlich ihrer Rolle bei der Herausbildung der institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften der ersten Nachkriegsjahrzehnte, und dann der allmählichen Erosion von Errungenschaften früher Errungenschaften beigetragen haben.²² Und diese fehlende Kritik hat aus meiner Sicht sehr viel mit dem schon angesprochenen, unsere Gesellschaften beherrschenden Fortschrittsparadigma zu tun.

Das bestätigt mich in meinem durchaus ernüchterten Blick auf die gegenwärtige gewerkschaftliche Praxis, wie auch auf die Debatten, die innerhalb unserer Gewerkschaften angesichts der Herausforderungen der Zeit geführt werden. Und dieser ernüchterte Blick hat Konsequenzen für meine Einschätzung der Perspektiven einer *Mosaiklinken* oder, so H. J. Urban in diesem Buch, der *Gründung und Stärkung von handlungsfähigen Allianzen, die den Pfadwechsel nach links drängen*. Ich habe meine eher skeptische Einschätzung dazu unlängst in einem Aufsatz *Die Corona-Krise*

²¹ Dass die Mitbestimmung Erosionsprozessen unterliegt, ist ja ein Gemeinplatz und schon seit der Untersuchung von Klaus Dörre (2002) gut belegt. Das wird auch in mehreren Beiträgen angesprochen. Doch nur Hilde Wagner hat die richtige und sehr kritische Einschätzung Henschkes immerhin angetippt, dass diese Mitbestimmung von unseren Gewerkschaften im Zweifel schöngeredet wird, um dann mit konkreten Forderungen weiter an sie anzusetzen. Im Historiker Arbeitskreis der HBS – aber das ist ja eine akademische Veranstaltung, die weit genug von der Praxis weg ist –, ist immerhin in einem Arbeitspapier der Kommission *Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie* von Bermhard Gotto (2019) gut fundiert gefragt worden, ob es sich bei dem MitbestG'76 um einen *schön geredeten Misserfolg* handle.

²² Ich stütze mich bei meiner Einschätzung auf ein Gedächtnisprotokoll zu einer Online-Tagung. Auf ihr ist es nach Abschluss der Arbeiten der Kommission *Erinnerungskulturen sozialer Demokratie* um die Frage der Umsetzung ihrer Ergebnisse gegangen. Die Kommission ist auf eine Initiative des DGB-Vorsitzenden Rainer Hoffmann hin eingerichtet worden und setzt sich zu je 50% Historiker*innen und aktive Gewerkschafter*innen zusammen. Aus ihrer Arbeit hat man sich sozusagen Munitionierung dafür versprochen, die Einsicht in die Bedeutung der Gewerkschaften für die soziale Demokratie dieser Republik wach zu halten. Die Kommission hat zu einer Vielzahl von Themen (Tarifwesen, Mitbestimmung, soziale Sicherung, Gewerkschaften, Sozialstaat ...) gearbeitet. Es ist beabsichtigt die vorliegenden Arbeitspapiere bei der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung in einem Band zu veröffentlichen, der auch über die Bundeszentrale für Politische Bildung vertrieben werden soll. Für Antworten auf die oben gestellte Frage sind Analysen und Bücher zu Erinnerungskulturen – so nützlich sie für offensive Selbstbehauptung einer Institution sein mögen – nicht das zentrale Instrument. Da geht es vielmehr um die eigene Alltagspraxis und darin die kritische Reflexion der eigenen Geschichte, zu der auf der erwähnten Online-Tagung eher wenig zu hören gewesen ist. Der Blick zurück in die eigene Geschichte bedarf der Konfrontation mit einer fundierten Analyse der Herausforderungen der Gegenwart.

als Störung des »Weiter-so« oder als Impuls neu und anders zu denken dargelegt (Martens 2020b). Nach meiner Lektüre des *Jahrbuchs Gute Arbeit 2021* sehe ich mich bestätigt. Das zweite Dokument, dem ich mich nun zuwende, bestärkt meine Skepsis.

2.3. Sicherheit im Wandel - Befangen in „institutionellen Strategien“?

In dem Arbeitspapier *Sicherheit im Wandel* der IG Metall geht es vor allem um eine Analyse von *Strukturkrisen und Anpassungsprozessen*, die die deutschen Gewerkschaften im Bereich industrieller Produktion seit dem Ende der 1960er Jahre bewältigen mussten. Die Strukturbrüche, die nach 1990 in den neuen Bundesländern erfolgt sind, stellen dabei allerdings einen Sonderfall dar. Es geht also vorrangig um gewerkschaftliche Abwehrkämpfe und Gestaltungsansätze dort, wo die Industriegewerkschaften wirkliche Machtpositionen gehabt haben. Um die eigenen Erfahrungen für zukünftige Herausforderungen nutzen zu können, werden die tiefgreifenden Veränderungsprozesse in den Montanindustrien, also im Steinkohlenbergbau seit der Mitte der 1960er Jahre und in der Stahlindustrie in den 1980er und 90er Jahren, weiter auch in anderen Branchen, etwa im Bereich der ‚braunen Ware‘ oder auch in der Textilindustrie, und schließlich in der Folge der Weltfinanzkrise sorgfältig analysiert. Es geht um die Frage, was man daraus im Hinblick auf die Herausforderungen lernen kann, die sich im Zuge des absehbaren nächsten Digitalisierungsschubs sowie der mit den ökologischen Herausforderungen anstehenden Decarbonisierung stellen werden – angesichts der aktuellen Corona-Krise absehbar in verschärfter Weise.

Einleitend heißt es dazu: es gehe um die Herausforderung zu einer *Transformation* in Kernbranchen des Organisationsbereichs der IG Metall. Der Begriff der Transformation wird auch hier nicht näher beschrieben oder begrifflich klarer gefasst und eher enger eingegrenzt genutzt. Aber *Unternehmen, Staat und Gewerkschaften* seien dazu herausgefordert, diese Transformation zu bewältigen. Und um das zu schaffen, sei eine *dauerhafte Aussetzung der Schuldenbremse* erforderlich, aber, so heißt es irritierender Weise unmittelbar darauf, auch eine Fortsetzung der *Politik der schwarzen Null*. Die Kritik an vorherrschenden wirtschaftspolitischen Wachstumsmodellen, und dem dahinter stehenden Fortschrittsparadigma, ist also halbherzig.

Man darf sich auch fragen, ob die Strukturkrisen und –Brüche, die in dem Arbeitspapier analysiert worden sind, mit dem *Begriff des Wandels* angemessen zu fassen sind. Wandel suggeriert ja einen stetigen, relativ gleichförmigen Prozess. Für den Strukturbruch in den vor dreißig Jahren ‚neuen‘ Bundesländern gilt das z. B. ganz sicher nicht; und man muss bezweifeln dass dieser Begriff im Hinblick auf die anstehenden ökologischen Herausforderungen angemessen ist. Zu beachten ist außerdem, dass es massive Veränderungen wie im Steinkohlenbergbau oder in der Stahlindustrie in anderen Branchen gegeben hat – und weiterhin gibt und geben wird –, in denen eine gewerkschaftliche Handlungsmacht, die der der Industriegewerkschaften

in den Bastionen ihrer Macht vergleichbar gewesen wäre, nicht vorhanden gewesen ist – z.B. hierzulande im Handel oder auch bei Banken und Versicherungen.

Das Ziel, dass im Titel des IG Metall Arbeitspapiers hinsichtlich des Umgangs mit einem vermeintlichen stetigen Wandel angestrebt wird, heißt *Sicherheit*. Für mich signalisiert das. Dass es vor allem um die Verteidigung zuvor erreichter sozialer Standards geht. Abgesehen davon, dass *Wandel* den Veränderungsdruck verharmlosend beschreiben könnte, zeigt sich an dieser Zielsetzung aber noch etwas. Man kann den Eindruck gewinnen, dass es vor allem um soziale Absicherungen geht und dass eine aktive Gestaltung der Prozesse und Mächte, die den Veränderungsdruck erzeugen, nicht wirklich ins Auge gefasst wird.

Mir fällt in diesem Zusammenhang ein Zitat aus einem Interview mit einem *Vorstandsmitglied* der IGBE zu Beginn der 1990er Jahre ein. Ich habe damals zu den örtlichen Strukturen der IGBE geforscht (Martens/Steinke 1993, Martens 1997a) und mehrere ‚Hintergrundgespräche‘ zum Selbstverständnis dieser bemerkenswert starken, im sozialwissenschaftlichen Diskurs als sozialpartnerschaftlich und zutiefst zentralistisch organisiert angesehenen Gewerkschaft geführt. Zwei, für mich überraschende Befunde waren damals zentral: (1) Die von mir befragten Spitzenfunktionäre begriffen ihre IGBE ganz selbstverständlich als eine Institution und (2) Sie waren sich sehr bewusst, dass die eigene Stärke ganz entscheidend auf einem beachtlichen Maß dezentraler Teilautonomie der Organisationsgliederungen beruhte. Die wiederum hielt ihre Gewerkschaft aufgrund einer sehr hohen programmatischen Geschlossenheit auch locker aus. Das Zitat, das mir in diesem Zusammenhang eingefallen ist, betrifft aber einen anderen Punkt. Ich kann es hier nur sinngemäß wiedergeben:

Wir kämpfen seit einhundert Jahren in einer Position der Defensive für die Interessen unserer Mitglieder. Aber wir haben gezeigt, dass man auch in der Defensive erfolgreich sein kann.

Ich denke dieses Zitat könnte man auch als Erläuterung der Grundidee ansehen, die das Arbeitspapier *Sicherheit im Wandel* trägt: Das prägende gewerkschaftliche Denken bewegt sich exakt in dem Rahmen, der ihm im Ergebnis der erfolgten Institutionalisierungsprozesse sozusagen ‚zugewiesen‘ ist: Gegenüber der, immer wieder einmal krisenhaft erlebten, industriekapitalistischen Entwicklungsdynamik befindet man sich chronisch in der Defensive. Man schafft es aber sehr wohl, begrenzte Gestaltungsfunktionen im Interesse der lebendigen Arbeit immer wieder neu wahrzunehmen, und man ist durchaus stolz über die Kraft, die man dazu arbeitspolitisch entfaltet hat. Und man meint, - da kommt dann das herrschende Fortschrittsparadigma ins Spiel -, dass das auch so weitergehen wird.

Das Bild, das sich so ergibt, führt ziemlich gut zum Kern der Probleme, denen unsere Gewerkschaften heute gegenüberstehen. Darauf will ich im folgenden Kapitel zurückkommen und hier nur noch kurz auf den Schlussteil des Arbeitspapiers eingehen. Es geht darin um die Frage, was man aus den zuvor systematisch ausgeweiteten Erfahrungen lernen könne und angesichts der absehbaren neuen Herausforderungen für einen *fairen Wandel* benötigen werde. Fokussiert wird auf eine *Industrie-*

politik im Hinblick auf die Förderung von *Schlüsseltechnologien*. Dazu werden gezählt: die Batteriezellfertigung, die Wassertstofftechnologie sowie neue Mobilitätskonzepte. Für den für die IG Metall zentralen Kernbereich der Organisation, also die Automobil- und Automobilzulieferindustrie sind die Stichworte: ein Transformationsfonds, Bestandssicherungen für die Zulieferindustrie und die Verhinderung feindlicher Übernahmen, verbunden mit dem weiteren Stichwort der Best Owner Groups (GOP). Angesprochen wird ferner ein Corona-Konjunkturpaket im Volumen von 2 Mrd. € für Fahrzeughersteller und Zulieferer, v.a. im Hinblick auf deren FuE-Bereiche, aber auch mit einem Zehntel dieser Summe für regionale Transformationskonzepte. Gefordert wird schließlich eine bildungs- und arbeitsmarktpolitische Flankierung, für die den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten in den Betrieben eine Rolle als Weiterbildungsmentor*innen zugedacht wird.

Vom Staat wird in dem absehbaren Transformationsprozess gefordert, dass er *verlässlich soziale Sicherheit bieten müsse*, denn es gehe um einen *tiefgreifenden sozialen Wandel*, der dieses Mal zu bewältigen sei. Diese Forderung verknüpft sich noch einmal mit der Frage, was man *aus den Erfahrungen* der Vergangenheit *mitnehmen könne*. In Stichworten wiedergegeben findet man dazu:

- Es gehe bei der Transformation um *Innovation und Technologieführerschaft* für den *Erhalt* und die *Schaffung neuer Arbeitsplätze*.
- Wichtig sei die *Diskussion über Zukunftsstrategien in den Betrieben*.
- Es gehe um die Nutzung alter und die Weiterentwicklung neuer *struktur-regional- und arbeitsmarktpolitischer Instrumente*.
- Es gehe in den Kernbranchen der Organisation (Automobilindustrie, Stahlindustrie, Maschinenbau) um einen *ökologisch-technologischen Umbau* – also nicht, wie seinerzeit und jetzt im Bergbau um einen Ausstieg.
- Staatliche Unterstützung (Hilfsprogramme) sei dafür erforderlich.
- Die Regionen gelte es als wichtige Handlungsebene zu erkennen.
- Ohne Konflikt werde es keine Lösungen geben.
- Arbeitszeitverkürzung, arbeitsmarktpolitische und Qualifizierungsinstrumente seien wichtig.

Von zentraler Bedeutung sei es bei all dem, Sicherheit im Wandel zu gewährleisten.

Das Papier fügt sich ziemlich gut in die zentrale Stoßrichtung der Beiträge im *Jahrbuch Gute Arbeit 2021* ein – allerdings eher in einer ‚Tonlage‘, die mehr dem Mainstream eines Pragmatismus entspricht, der im Kern altem „institutionellem Denken“ folgt.²³ Dieser hier von mir so bezeichneten „Mainstream-Orientierung“ ent-

²³ „Institutionelles Denken“ entspricht im Bezug auf Frieder O. Wolf Unterscheidung von *primärer* und *sekundärer Arbeitspolitik* (Wolf 2001) – die mal mit am Beginn der Gründung unseres Forums gestanden hat der letzteren, also dem Anknüpfen an alten, in der Vergangenheit erfolgreichen Strategien, die nun zum Bestand des Denkens der Institution gehören. Ihnen gegenüber wäre die *primäre Arbeitspolitik* eine, die auf neue Herausforderungen neue

spricht es, dass in dem hier in Stichworten zusammengefassten Schlussteil an einer Stelle von den *Sozialpartnern* die Rede ist und in diesem Zusammenhang gleich zu Beginn von der gemeinsamen Herausforderung an Unternehmen Staat und Gewerkschaften gesprochen wird – bewährtes tripartistisches Denkmodell also. Das Arbeitspapier reflektiert insoweit schlicht auch die Zwänge, denen unsere Gewerkschaften als *Institutionen der lebendigen Arbeit* in einer von Erosionsprozessen betroffenen, und weiterhin bedrohten, *institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft* überhaupt nicht entgehen können.

Überlegungen, die darüber hinausweisen würden, finden sich nicht, anders als im Jahrbuch Gute Arbeit. Ein konstruktiver Umgang mit der Argumentationslinie in diesem Arbeitspapier wird allerdings dadurch erleichtert, dass in den Schlussfolgerungen zum einen das enthalten ist, was die IG Metall in den letzten 15 Jahren als neuen Ansatz entwickelt hat, nämlich die aktive Beteiligung der abhängig Beschäftigten an ihrer Interessenvertretung – und wenn auch nur als *Flucht nach vorn*, wie Steffen Lehndorff 2012 das einmal formuliert hat. In Kampagnen wie *besser statt billiger* (bsb) aktive Beteiligung der Beschäftigten (bsb) hat die IG Metall darauf gesetzt.. Konflikten soll nicht ausgewichen werden. Die Frage ist, wie hoch man das strategisch gewichtet. Zum anderen kann man daran anknüpfen, dass ein weiterer Ausbau von Instrumenten und eine Stärkung von Handlungsebenen gefordert werden, die in der Vergangenheit auch schon immer wieder wichtig gewesen sind, aber nun im Hinblick auf eine ökologisch-soziale Transformation noch an Bedeutung gewinnen werden.

Man kann natürlich kritisieren, dass unscharf gefasst wird, vor welchen transformativen Herausforderungen Wirtschaft und Gesellschaft hierzulande – und in der EU – stehen. Und man kann erkennen, dass es um eine Transformation in dem Sinne geht, wie er in den meisten Beiträgen des Jahrbuchs explizit diskutiert wird. Es geht um Digitalisierung und Decarbonisierung – und dies letztlich mit dem Ziel einer Erneuerung der alten wohlfahrtsstaatlich verpflichteten sozialen Demokratie. Das mag in Richtung auf einen grünen New Deal zielen. Aber man kommt aber nicht umhin weiterführende Fragen aufzuwerfen.

3. Im Angesicht der Herausforderungen der Zeit

Was ich hier vorgelegt habe, ist keine aktuelle Analyse gewerkschaftlicher Praxis im Angesicht der großen Herausforderungen unserer Gegenwart. Ich habe mich vielmehr auf einen Rückblick auf die deutsche Gewerkschaftsforschung von den 1950er bis in die Mitte der 1980er Jahre beschränkt – und dabei meine eigenen, gegen den Mainstream weiter verfolgten Forschungsarbeiten, zu Herausforderungen einer neuen Politik der Arbeit, aber auch zur Entwicklung der Gewerkschaften selbst, und vor allem die meiner arbeitspolitischen Praxis, sozusagen im Hinterkopf gehabt. Ergän-

Antworten sucht. Der Name unserer Diskussionsplattform *Neue Politik der Arbeit* solle dem Rechnung tragen.

zend dazu stand eher – vor dem Hintergrund einer genauen Kenntnis und z.T. auch sorgfältigen Analyse der Entwicklung der Gewerkschaftsprogrammatik sowie der Kenntnis einschlägiger Biographien herausragender Personen aus der jüngeren Gewerkschaftsgeschichte - eine Sekundäranalyse unterschiedlicher neuester Dokumente. Fokussiert war das alles auf eine aus meiner Sicht zentrale Frage. Das ist die Frage danach, ob und wie unsere Gewerkschaften als Institutionen der lebendigen Arbeit bei der Bildung neuer Allianzen angesichts der Herausforderungen der Zeit eine (mit)tragende Rolle spielen können. Hinter dieser Frage steht die These, dass sie für den Erfolg solcher Allianzen nicht nur wichtig, sondern unverzichtbar sind. Mit dieser These wiederum bewege ich mich fest in der Kontinuität eigener gewerkschafts- wie arbeitsforscherischer und –politischer Praxis, die ich in den vergangenen 35 Jahren gegen den Mainstream der Arbeits- und Industriesoziologie in unterschiedlichen Zusammenhängen verfolgt habe. Mir ging es bei dieser Arbeit immer um Nachweise des Erfordernisses und der Möglichkeiten zu einer neuen Politik der Arbeit.

Zunächst einmal kann ich an dieser Stelle festhalten, dass ich mich mit meinem Urteil bestätigt sehe, dass wir es bei unseren Gewerkschaften mit Institutionen, der lebendigen Arbeit zu tun haben. Sie sind dazu aus einem Institutionalisierungsprozess heraus geworden. Nach ihrer Entstehung in der langen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, nach deren Niederlage 1933 und nach der Zerschlagung des Faschismus in Deutschland wurden sie so zu einer (mit)prägenden Kraft der wohlfahrtsstaatlich geprägten institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften der ersten Nachkriegsjahrzehnte. In gewisser Weise entspricht dies einem Entwicklungsweg, den die englischen Gewerkschaften, nach dem Entstehen, den Kämpfen und der Niederlage einer starken und sehr radikalen Arbeiterbewegung dort, schon zu Zeiten der ersten industriellen Revolution genommen hat. Michael Vester hat die Geschichte der frühen englischen Arbeiterbewegung als langen, keineswegs immer gradlinigen kollektiven Lernprozess analysiert - in Zeiten ökonomischer und kultureller Umwälzungen und in der Auseinandersetzung mit repressiven politischen Gegenbewegungen. Er fokussiert seine Untersuchung von Kampf- und Lernzyklen über ein halbes Jahrhundert hinweg stark auf die sozialpsychologische Dimension von Lernprozessen, und er kann zeigen, dass die Radikalität der Ziele dieser frühen Arbeiterbewegung über einen sich erst voll herausbildenden Kapitalismus deutlich hinausgewiesen haben. Der Prozess mündet, nach der Niederlage der radikalen Chartistenbewegung, in die Entwicklung organisatorisch gefestigter Gewerkschaften in den 1840er Jahren. Die Radikalität dieser frühen Arbeiterbewegung sieht Vester in der *Fremdheit der neuen Verhaltenszumutungen* begründet. Er folgert:

Sie mögen erklären, warum die Arbeiterbewegung in ihren Anfängen die große utopische Alternative viel deutlicher erkannte als später, als sich ihre Organisationen bürokratisierten und als sekundäre Teilhaber des wirtschaftlichen Wachstums von der herrschenden Ordnung anerkannt wurden (Vester 1970,116).

Hier ist von Bürokratisierung und von der Anerkennung von Gewerkschaften durch die Repräsentanten der herrschenden Ordnung die Rede, nicht von Institutionalisierung, also auch der Anerkennung dieser Ordnung durch die weiterhin Beherrschten – jedenfalls nicht theoretisch vertiefend. Aber Institutionentheorie war zu der Zeit der 68er Bewegung, aus der seine Untersuchung stammt, kein Thema für Intellektuelle und Wissenschaftler, die neu an die Traditionen der Arbeiterbewegung anzuknüpfen suchten. Ich denke allerdings, dass *Wirtschaftswachstum* und *sekundäre Teilhabe(rschaft)* daran genau die Stichworte sind, von denen her sich die nach 1945 prägenden Institutionalisierungsprozesse erklären lassen, die die institutionell verfasste Arbeitsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland hervorgebracht haben. In knappen Stichworten:

- Unsere Gewerkschaften sind nach 1945 – also nach der historischen Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung 1933, die für mich definitiv das Ende ihrer ‚Bewegungsphase‘ markiert (Lucas 1983) - neu gegründet und unter nun ganz anderen Verhältnissen (Besatzungsrecht, kalter Krieg, zweifelhafte Attraktivität der alten Sozialismus-Vorstellungen) *Institutionen der lebendigen Arbeit* geworden.
- Sie haben sich als solche fest auf den Boden der neuen Republik gestellt, einer der *institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften* der Nachkriegsjahrzehnte,²⁴ die sie selbst als wohlfahrtsstaatliche Demokratien aktiv mit hervorgebracht haben. Und sie haben darin ihren arbeitsteilig-funktionalen Part übernommen, der dem ihrer Praxis in der Montanmitbestimmung entspricht. Und selbstverständlich gab es bestimmte Bedingungen, die das möglich machten wie vor allem: die A-Phase einer neuen langen Welle der Konjunktur, die noch frischen Erfahrungen des New Deal in den USA - mit der Dominanz eines nicht mehr weiter zugespitzten Keynesianismus (oder auch „Bastard-Keynesianismus“) in der herrschenden ökonomischen Lehre - sowie die Frontstellung zum sogenannten ‚Realsozialismus‘.
- Sie haben sich aber selbst auch zunehmend selbst so verstanden – auch wenn ältere sozialistische Leitideen noch fortwirkten und in ihren ersten Grundsatzprogrammen einige Bedeutung behielten. Das Neoliberale Rollback der letzten vierzig Jahre trifft deshalb gleichermaßen die wohlfahrtsstaatlich geprägten Nachkriegsdemokratien wie auch die Gewerkschaften, die allerdings wohl doch in besonderer Weise.
- Wenn das aber so ist, ist ihr Festhalten an dem alten Leitbild²⁵ – also hier in Deutschland dem der sozialen Marktwirtschaft als tragfähigem Leitbild für die

²⁴ Den Begriff habe ich aus der unveröffentlichten Habilitationsschrift von Christian von Ferber (1961) entnommen.

²⁵ Der Begriff des Leitbildes hat sich in der jüngeren Diskussion zu Organisationsentwicklungsprozessen eingebürgert. Institutionentheoretisch würde man von Leitideen sprechen (Rehberg 1994), was auf die höchst strittige Frage der Machbarkeit von so etwas wie einem *stabilen institutionellen Wandel* verweist – wie ihn der späte, eher liberale Helmuth Schelsky gegen seinen konservativen Lehrer Arnold Gehlen zu konzipieren versucht hat. Aber dies, wie überhaupt die von der Sache her immer konservative Institutionentheorie ist hier nicht

Zukunft fragwürdig. Jedenfalls aber müsste vor der Formulierung eines wirklich tragfähigen neuen gewerkschaftlichen Leitbildes, für eine neue Politik der Arbeit, eine nüchterne Analyse der Gründe stehen, weshalb diese soziale Marktwirtschaft, als deutsche Variante der wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien, in Europa in die Krise geraten ist.

- Betont werden muss aber auch, dass die wohlfahrtsstaatlich verfassten Nachkriegsdemokratien - und das mit ihnen verknüpfte Fortschrittsparadigma vom stetigen wissenschaftlich-technischen Fortschritt und stetigen Wirtschaftswachstum – (1) im Kern nur eines für die damals so genannte ‚erste Welt‘ gewesen ist – dem das der ‚zweiten Welt‘ im Zeichen eines ‚realsozialistischen‘ Fortschritts eng verwandt gewesen ist, (2) dass es daneben zwar in einigen Schwellenländern für wichtige Teile von deren Gesellschaften Wirkungen entfaltet hat, dies aber immer mit allen jenen sozialen Spaltungsprozessen in der Folge, die die dynamische Entwicklungen einer kapitalistischen Ökonomie immer gekennzeichnet haben und dass (3) diese globale Entwicklung die ökologischen Herausforderungen ganz wesentlich mit hervorgebracht hat, denen wir heute gegenüberstehen.
- Im Lichte aller dieser Überlegungen schließlich müsste man hierzulande und in unseren Gewerkschaften die These wohl überdenken, dass die Erfahrung der eigenen Geschichte doch belege, dass man auch mit Kämpfen, die man Jahrzehntlang in einer Lage der Defensive ausfechten musste, erfolgreich sein könne.
- Es hat diese Erfolge nach einer historischen Niederlage der alten Arbeiterbewegung als relative Erfolge sicherlich gegeben. Doch sie stehen zum einen auf einem bröckelnden Fundament – was eine sehr verhaltene Formulierung ist, wenn man die ökologischen Herausforderungen in ihrer sich immer deutlicher abzeichnenden Dimension wirklich ernst nimmt. Man sollte sich im Übrigen aber auch klar machen, dass die nüchternen Zielsetzungen und relativen Erfolge unserer Gewerkschaften mit den Träumen eines *prophetischen Marxismus*, die die alte Arbeiterbewegung bis weit in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein geprägt haben, nichts mehr zu tun gehabt hat.²⁶

Wenn man meiner Argumentation folgt, dann kann die (arbeits)politische Schlussfolgerung daraus nun keinesfalls eine Art fundamentaler Kritik eines verfehlten Pragmatismus oder Reformismus sein. Dies wäre schon allein deshalb unsinnig, weil die Vertreter der These, dass man auch in fortgesetzt defensiver Lage sehr wohl fortgesetzt erfolgreich sein könne, ja viele gute Gründe dafür ins Feld führen können. Mich hat 1990 die alte IGBE durchaus beeindruckt; und das Arbeitspapier der IG Metall ist in sich zunächst einmal durchaus überzeugend. Denn es liefert eine ganze Reihe von Anhaltspunkten dafür, dass es im Zuge der erfolgreichen Kämpfe um *Sicherheit*

mein Thema. Ich weise lediglich darauf hin, dass sie für linke Intellektuelle ernst- und deshalb zur Kenntnis zu nehmen ist.

²⁶ Auch das ist für mich ein Argument, das definitive Ende dieser alten Arbeiterbewegung in Deutschland auf 1933 zu datieren.

im sozialen Wandel bisher immer wieder gelungen ist, die sozialen Interessen abhängig Beschäftigter zu sichern – jedenfalls dort, wo ihre Gewerkschaften vor den immer massiver werdenden Anpassungszwängen erhebliche eigene Machtpositionen haben aufbauen können.

Es finden sich darin aber auch etliche Ansatzpunkte dazu, wie neue oder lange vernachlässigte wirtschaftspolitische Handlungsfelder und bislang nur in Ansätzen entwickelte Instrumente aussehen könnten, mittels derer es denkbar wäre Anpassungszwänge im Ergebnis von Strukturbrüchen, die durch eine weiter entfesselte Marktlogik eher schlimmer werden, auch wirtschaftspolitisch aktiv und anders zu gestalten. *Regionale Strukturpolitik ist hier* ein Stichwort, das aufgegriffen werden muss, um dann über entsprechende organisatorisch-institutionelle Voraussetzungen einer solchen demokratisch legitimierten Politik weiter nachzudenken. Das Nachdenken über eine *neue* Wirtschaftsdemokratie, die den hoch problematischen Kontext eines *prophetischen* Marxismus hinter sich gelassen hat, der für die alten Wirtschaftsdemokratischen Konzepte des ADGB noch prägend gewesen sind, wird dann aber wichtig.

Wenn allerdings meine, sagen wir institutionentheoretisch belehrten Überlegungen im Kern richtig sind, dann spricht nicht allzu viel dafür, dass heute unsere Gewerkschaften zu Treibern einer Arbeitspolitik werden, die einen radikalen, ökologisch im Grunde dringlich geforderten Umbau der Wirtschaft vorantreiben werden. Ihnen geht es im Rahmen ihrer, immer noch fest verankerten *institutionellen Strategien* vor allem um soziale Sicherheit für die abhängig Beschäftigten. Die Herausforderung wäre es also, sie für einen Dialog und für Bündnisse mit radikalen ökologischen Bewegungen zu öffnen. Und zugleich hängt viel davon ab, ob es diesen Bewegungen gelingt, selbst Impulse für eine Umsteuerung einer immer noch ganz maßgeblich im neoliberalen Geist forcierten wirtschaftlichen Wachstumsdynamik auszulösen. Dabei ginge es um nüchterne, in einem neuen Sinne pragmatische Vorschläge - also nach aller historischen Erfahrung nicht erneut um *prophetische* Entwürfe oder Visionen.

Wenn unsere Gewerkschaften also aus einer vergangenen sozialen Bewegung heraus Institutionen geworden sind, (mit)prägender Teil einer institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft, der heute wie diese selbst von Erosionsprozessen ausgezehrt wird, dann hat das Konsequenzen für ein sie prägendes institutionelles Denken, für Handlungszwänge, die sich nicht ignorieren können und mithin auch für ihre Handlungsmöglichkeiten. Fragt man von hier aus nach den Gründen dafür, weshalb Argumente für eine neue Politik der Arbeit auf wenig Resonanz stoßen, ergibt sich ein etwas anderes Bild – sowohl im Blick auf die Hauptlinien gewerkschaftlicher Arbeitspolitik angesichts der Weltfinanzkrise 2008 wie auch wieder heute. Die handlungsmächtigen Akteure der institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft – im herrschenden Politikbetrieb, in Unternehmensleitungen und Arbeitgeberverbänden, aber eben auch in Gewerkschaften und Betriebsräten - haben alle im Ausgang der Krise unter der Zielsetzung agiert, den Fortgang des Geschäfts in den gewohnten Bahnen korporatistischer Politik zu gewährleisten. Und das ist angesichts der rasch erkennbaren Wettbewerbsvorteile der deutschen Exportindustrien schlicht folgerichtig gewesen.

Die Gewerkschaften sind andererseits, spätestens seit dem vorausgegangenen Konjunkturzyklus, mit aus ihrer eigenen Sicht massiven Erosionsprozessen ihrer in Gestalt der Mitbestimmung institutionalisierten Macht konfrontiert gewesen.²⁷ Sie sind sich zwar sehr bewusst gewesen, dass in Unternehmen und Betrieben eine Rückgewinnung von so etwas wie einer Gestaltungspartnerschaft auf Augenhöhe, dringlich der aktiven Beteiligung der abhängig Beschäftigten an ihrer Interessenvertretung bedurfte, aber zusammen mit ihren Betriebsräten haben sie solche Prozesse stets eher verhalten und mit Bedacht betrieben.²⁸ Im Übrigen darf man nicht außer Acht lassen, dass die entscheidenden Motive für die Entwicklung solcher Beteiligungskonzepte darin gelegen haben, auf diese Weise den Turnaround in Bezug auf eine seit über einem Jahrzehnt negative Mitgliederentwicklung zu schaffen. Die ein Jahrzehnt zuvor von der IG Metall im Kontext eines groß angelegten Organisationsentwicklungsprozesses forcierten Modellprojekte ‚Beteiligungsorientierte Gewerkschaftliche Betriebspolitik (Frerichs/Martens 1999), um die Mitte der 1990er Jahre noch eher unter Bedingungen von Win-Win-Situationen erprobt, haben demgegenüber für diesen Neuanlauf keinerlei Rolle mehr gespielt. Augenscheinlich galt hier ähnliches, wie es uns gegenüber ein Gewerkschaftsfunktionär in Bezug auf die nochmals einige Jahre weiter zurückliegende angestelltenpolitische Initiative der IG Metall formuliert hat, in der er seinerzeit eine aktive Rolle gespielt hat. Er sagte im Interview (Martens/Dechmann 2010, 140):

Das ist eigentlich typisch für die IG Metall. Es gibt keine offizielle Projektnachlese, sondern es wird irgendwie weitergestrickt aus ganz unterschiedlichen Interessenlagen heraus. Es wuchert also weiter. Und die vertrackten Widerstände und die vertrackten Orthodoxien tun das auch.

Ich habe die bei den neueren Beteiligungsansätzen sichtbar werdenden gewerkschaftlichen Handlungsprobleme in einem späteren Rückblick als eine Art gewerkschaftlichen ‚Gefangenendilemmas‘ ganz eigener Art bezeichnet (Martens 2018).²⁹

²⁷ Angesichts von z. T. verschärften Standortkonflikten und Auseinandersetzungen um Sozialtarifverträge im Falle nicht mehr zu verhindernder Produktionsverlagerungen und Stilllegungen in den Jahren zwischen 2002 und 2008 haben maßgebliche Gewerkschafter davon gesprochen, dass ein *Häuserkampf* an die Stelle der geordneten Mitbestimmung zu treten drohe (Martens/Dechmann 2010, 103-128). Die Veröffentlichung unserer, von der HBS finanzierten Untersuchung, die das detailliert nachgezeichnet und auf den Punkt zu bringen versucht hat, ist dann aber 2010, vielleicht schon unter dem Vorzeichen der Erwartung einer Neubelebung korporatistischer Handlungsansätze wenig erwünscht gewesen. Sie erfolgte auf eigene Rechnung und die Hans-Böckler-Stiftung als Forschungsförderer legte Wert darauf, darin nicht genannt zu werden.

²⁸ Steffen Lehndorff (2012) spricht in Bezug auf die Kampagne *besser statt billiger*, mit der die IG Metall seit 2005 solche Beteiligungsprozesse unterstützt hat völlig zutreffend von einer *Flucht nach vorn*. Unsere eigenen Erhebungen im Zuge der erwähnten Analyse der Standortkonflikte 2002 bis 2008 (Martens/Dechmann 2010, 108-115) kommt zu einem ähnlichen Ergebnis – und zeigt im Übrigen dass Betriebsräte Formen aktiver Beteiligung der Beschäftigten im Hinblick auf ihre, ihnen sehr bewussten, institutionellen Handlungsbedingungen stets wohlkalkuliert eingesetzt haben.

²⁹ Im ‚klassischen Modell‘ geht es darum, dass ein Einzelner unter Bedingungen unvollständiger Information abwägen muss, wie er seine individuellen Nutzenkalküle am besten verfol-

Auch die kurze gewerkschaftliche Debatte über einen »Kurswechsel für Deutschland« (Huber 2010) fand mit dem Kurswechselkongress vom Dezember 2012 (IG Metall 2013) rasch ihr Ende, weil sichtbar wurde, dass die deutsche Exportindustrie zu den Gewinnern der Weltfinanzkrise gehören würde, man also im Kern auf die alten institutionellen Strategien setzen zu können meinte.

So sehen sich unsere Gewerkschaften heute als Institutionen der lebendigen Arbeit in einer vergleichbaren, mittlerweile aber zunehmend widersprüchlichen Lage. Auf der einen Seite gibt es – etwa mit der von der IG Metall in den ersten Reaktionen auf die Folgen der Corona-Pandemie geforderten *Umweltprämie* oder später als Antwort auf tiefgreifende strukturelle Veränderungen in dem Arbeitspapier *Sicherheit im Wandel* – einen augenscheinlich noch deutlicher ausgeprägten Pragmatismus als nach 2008, der in der Tat wesentlich auf die Wiederherstellung früherer Sozialstaatlichkeit zielt.³⁰ Auf der anderen Seite findet sich in den Debatten um *Demokratie in der Arbeit* eine sehr bewusste Anknüpfung an aktuelle gesellschaftskritische Diskussionen. Sie sind im Forum Neue Politik der Arbeit als Neuauflage der früheren Wirtschaftsdemokratiedebatte unter Aufnahme von Forderungen und Erfahrungen der SP Schweiz im Herbst 2018 begonnen worden (Martens 2019), und sie haben im akademischen Diskurs fast zeitgleich durch eine philosophisch fundierte Kritik der *privaten Regierung* von Unternehmen einen starken Impuls erhalten.³¹

Auch noch nach bald vierzig Jahren eines neoliberalen Rollbacks und angesichts von multiplen Krisenentwicklungen, die sich erkennbar weiter auftürmen, sind unsere Gewerkschaften nach ihrem vorherrschenden eigenen Selbstverständnis vor allem konstruktiv-kritischer Teil der bestehenden Ordnung. Sie stecken aus diesem Grunde in einem ganz eigenen gewerkschaftlichen »Gefangenendilemma« fest, das sich jedoch nicht einfach aus den Risiken massiver Mobilisierungsstrategien erklären lässt, die Reste institutioneller Macht gefährden könnten. Es mangelt vielmehr auch am Bewusstsein über das Ausmaß der anwachsenden Risiken und an Konturen einer

gen kann. Im übertragenen Sinne habe ich ihn für das gewerkschaftliche Problem verwendet, durch – nach den Maßstäben der institutionalisierten Mitbestimmung – zu viel Ermunterung zum ‚Selbertun‘ und entsprechende Mobilisierung der abhängig Beschäftigten Gefahr zu laufen, die immer noch wichtigen – weil im Vergleich zu den meisten europäischen Nachbargewerkschaften doch erheblichen – Ressourcen institutioneller Macht unter Umständen selbst weiter auszuhöhlen.

³⁰ Hans-Jürgen Urban (2020: 40f.) betont allerdings, dass die die IG Metall hier sehr wohl *den Versuch einen Brückenschlags zwischen (...) Konjunkturpolitik durch Nachfragestimulierung und Strukturpolitik durch eine auf CO₂-Reduzierung konditionierte Kaufprämie* unternommen habe. Er muss aber einräumen, dass der *unverzichtbare ökologische Mehrwert* ihres primär beschäftigungspolitisch motivierten Vorschlags nicht *belastbar nachgewiesen werden konnte*.

³¹ Die amerikanische Philosophin Elizabeth Anderson (2019) hat dem mit ihrer Kritik der *privaten Regierung*, mit der *Arbeitgeber über unser Leben herrschen* einen wichtigen Impuls gegeben, auch wenn ihre Reformüberlegungen sich im Blick auf die USA mit der konstitutionellen Einschränkung solcher Herrschaft nach dem Modell der deutschen Mitbestimmung bescheiden. Zu den Versuchen, diese Debatte im Blick auf die deutsche Wirklichkeit aufzugreifen siehe Martens 2020 oder auch Bergmann u.a. 2019.

Alternative. Zugleich kann unseren Gewerkschaften aber nicht entgehen, dass sie im politischen Prozess unserer Gesellschaft, insbesondere aber auch in der medial hergestellten Öffentlichkeit, immer mehr an den gesellschaftlichen Rand geraten sind und dass auch in ihren eigenen Reihen die Erinnerungen an frühere historische Leistungen und Verdienste immer weniger lebendig sind. Das Projekt *Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie* erscheint als ein letztlich einigermaßen hilfloser Antwortversuch auf die inzwischen eingetretene Lage, auch wenn die Arbeiten, die Historiker dazu geliefert haben überzeugen können. Wenn etwa Bernhard Gotto (2019) zeigen kann, dass und wie das 1976er Mitbestimmungsgesetz im Gewerkschaftlichen Diskurs der vierzig Jahre danach zu einem *schöngeredeten Misserfolg* geworden ist, dann erhellt das zwar die Probleme, denen sich die Gewerkschaften gegenübersehen, trägt aber noch lange nicht dazu bei, anders mit ihnen umzugehen: Die Gewerkschaften haben das MitbestG'76 an der Montanmitbestimmung gemessen und zunächst scharf kritisiert, zugleich aber auch pragmatisch akzeptiert und als immerhin kleinen Fortschritt zu nutzen versucht. Sie haben die von ihnen selbst geförderten kritischen Analysen dann recht bald bei Seite gelegt. Sie sind ihrem Alltagsgeschäft nachgegangen. Das ist unter den Bedingungen des neoliberalen Rollbacks zunehmend schwieriger geworden. Die Institution der Mitbestimmung ist im Ergebnis dieses Rollbacks Erosionsprozessen ausgesetzt. Heute schließlich stehen unsere Gewerkschaften etwas hilflos dem Problem gegenüber, dass diese Form institutionalisierter Mitbestimmung einerseits gemeinhin als selbstverständlich angesehen wird, andererseits so, wie sie funktioniert, die eigene Mitgliedschaft geschweige denn potenziell neue Mitglieder kaum mehr begeistern kann.³² Ich fühle mich hier an ein Zitat von Hannah Arendt erinnert. Sie hat in ihrem Denktagebuch geschrieben - auf eine ganz andere Institution, nämlich die der Ehe bezogen:

Die Ehe als Institution der Gesellschaft zerreibt dies Ereignis (das Ereignis der Liebe H.M), wie alle Institutionen die Ereignisse aufzehren, auf denen sie gegründet waren, Institutionen, die sich auf Ereignisse gründen, halten der Zeit so lange Stand, als die Ereignisse nicht völlig aufgezehrt sind. Vor solchem Verzehrt-werden sind nur Institutionen sicher, die auf Gesetzen basieren (Arendt 2002, 49)

Man beachte, dass Arendt selbst ihre Überlegung hier auf *alle Institutionen* bezieht, von denen sie zugleich sagt, dass sie auf Ereignissen beruhen. Ich denke also diese Überlegung lässt sich problemlos auf die Gewerkschaften übertragen, die aus dem Ereignis einer großen sozialen Bewegung heraus Institution geworden sind. Die Frage ist mithin, ob und wie sich aus Ereignissen heraus dauerhaft stabile, lebendige und erneuerungsfähige Verhältnisse und Praxisformen entwickeln lassen. Arendt geht dieser Frage an dem von ihr gewählten Beispiel nicht weiter nach. Bei Friedrich

³² Die amerikanische Philosophin Elizabeth Anderson (2019) hat dem mit ihrer Kritik der *privaten Regierung*, mit der *Arbeitgeber über unser Leben herrschen* einen wichtigen Impuls gegeben, auch wenn ihre Reformüberlegungen sich im Blick auf die USA mit der konstitutionellen Einschränkung solcher Herrschaft nach dem Modell der deutschen Mitbestimmung bescheiden. Zu versuchen, diese Debatte im Blick auf die deutsche Wirklichkeit aufzugreifen siehe Martens 2020 oder auch Bergmann u.a. 2019.

Dürrenmatt kann man dazu aber einen bemerkenswerten Satz finden. Er sagt, die Ehe sei, anders als das Zusammenleben, *immer ein Kunstwerk, wie eine Staatsgründung (...) ein kreativer Akt, man versuche etwas zu schaffen, einzuhalten* (Dürrenmatt 2020). Bemerkenswert ist hier der Verweis auf die Staatsgründung, Für den Römer Cicero ist das die Tätigkeit, mit der die Menschen den Göttern am nächsten kommen³³ Im Blick auf soziologische Grundlagentheorie sind hier nicht nur Fragen nach dem Verhältnis von sozialen Bewegungen und Institutionen angesprochen sondern auch solche nach der Möglichkeit eines *stabilen institutionellen Wandels*, bzw. des Lebendig-Haltens und – den sich verändernden Umständen entsprechend - des Erneuerns institutionell verfasster politischer Ordnungen. Dies wiederum ist solange nicht ohne soziale Konflikte vorstellbar, wie solche Ordnungen in hohem Maße herrschaftlich geprägt sind, was für unsere westlichen repräsentativen Demokratien zweifelsfrei der Fall ist (Martens 2021d).

Folgerichtig sind entscheidende erste Veränderungsimpulse von unseren Gewerkschaften kaum zu erwarten. Wie wünschenswert auch immer es wäre, dass sie den Zusammenhang von *Arbeit und Demokratie* offensiv zum gesellschaftspolitischen Thema machten, und wie sehr auch immer es darauf ankommt, dem als Intellektueller wissenschaftlich und philosophisch zuzuarbeiten– gerade angesichts der weiter voranschreitenden ökologischen Krisenentwicklungen –, wäre es nach aller historischen Erfahrung wohl vermessen zu erwarten, dass sie sich heute an die Spitze eines Ausbruchs aus den herrschenden Normalitätsvorstellungen stellen könnten. Gleichwohl sind und bleiben die Gewerkschaften für »eine sozial-ökologische Reformallianz«, wie sie Hans-Jürgen Urban immer wieder fordert, unverzichtbar. Zu Recht weist er aber auch darauf hin, dass es dann einer *reflektierten Bündnis-Toleranz* bedürfe, einer Toleranz, die *das gemeinsame Ziel der sozial-ökologischen Transformation und des Übergangs zu einem neuen Wachstums- und Entwicklungsmodell nicht konterkarieren* dürfe.

4. Schlussbemerkungen

Ich kann meine Überlegungen an dieser Stelle mit wenigen knappen Schlussbemerkungen abschließen. Ich habe gezeigt, dass es irreführend ist - und deshalb für einen nüchternen Blick darauf, wie den Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen wäre, wenig hilfreich-, im Hinblick auf dafür zu Recht als wichtig erachtete Institutionen wie die Gewerkschaften, deren Vergangenheit gewissermaßen zu beschwören. Sie sind aus einer großen sozialen Bewegung hervorgegangen, und sie sind ihr immer noch enger verbunden als politische Parteien mit den gleichen Wurzeln. Dies liegt daran, dass sie als freiwillige Mitgliederorganisationen auf ihre Bindungs- und Mobili-

³³ Und ich möchte vermuten, dass Dürrenmatt dieses Cicero-Zitat bewusst gewesen ist, das Arendt (1979, 435) im Übrigen im Zusammenhang mit Überlegungen zur Gründung der amerikanischen Republik am Ende von *Vom Leben des Geistes* wie folgt zitiert: „*Nirgends kommen menschliche Fähigkeiten so nahe an die Wege der Götter heran, wie bei der Gründung neuer und der Erhaltung schon bestehender Gemeinwesen.*“ – *die Gründer als göttliche Menschen.*

sierungsfähigkeit in Bezug auf ihre tatsächliche, wie potenzielle Mitgliedschaft zwingend verwiesen sind. In diesem Sinne bezeichne ich sie als Institutionen der lebendigen Arbeit. Aber sie sind zu einer Institution in einer institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft geworden, deren Herausbildung sie zudem ganz erheblich mit ermöglicht haben. Als solche unterliegen sie spezifischen Handlungszwängen und verfügen sie nur über begrenzte Handlungsmöglichkeiten. Sie haben ein spezifisches institutionelles Selbstverständnis entwickelt. Institutionentheoretisch (Rehberg 1994, Martens 1994) würde man von Leitideen sprechen. Denen entsprechen bestimmte institutionelle Handlungsmuster oder institutionelle Strategien. Und die sind prägend. Im vorliegenden Fall hat auch ein jahrzehntelang wirksamer massiver Veränderungsdruck allenfalls in schwachen Ansätzen dazu geführt, dass immerhin Ansätze einer neuen Politik der Arbeit für unsere Gewerkschaften wichtig geworden sind. Doch die „Flucht nach vorn“ fällt nicht leicht. Man orientiert sich immer noch lieber an dem, was sich in der Vergangenheit bewährt hat.

Wenn sich nun die Bedingungen ihres Handelns tiefgreifend verändern, wenn von Prozessen der Erosion, ja Aufzehrung der Grundlagen ihrer Wirksamkeit gesprochen werden muss – und das ist im Blick auf alle mir vorliegenden Analysen der Fall –, wenn dies darüber hinaus für die institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften der ersten Nachkriegsjahrzehnte im Zeichen eines neoliberalen Rollbacks generell gilt, wenn sich zudem neue gesellschaftliche Herausforderungen in einer bis dahin nicht gekannten Weise auftun – und das ist im Falle der drohenden Klimakrise unzweifelhaft der Fall –, dann entsteht eine Lage, in der man in der Tat fordern muss *ungeschminkt, ungeschönt und rücksichtslos die Lage so (zu beschreiben), wie sie wirklich ist*. Der IG BCE-Vorsitzende Michael Vassiliadis (2011) hat dies im Kontext der gewerkschaftlichen Debatten nach der Weltwirtschaftskrise so geschrieben. Er hat dazu dann aber nichts weiter gesagt und auf der anderen Seite mit beredten Worten für einen *Fortschritt durch sozialen Dialog* geworben, eine in Deutschland verloren gegangene *echte Kultur des Fortschritts*; und er hat die Vorstellung neu beschworen, dass *nur mit uns* (also den Gewerkschaften) *Deutschland mit seiner Hochtechnologie und seinen sozialen Standards wieder zu einem Paradebeispiel für nachhaltigen Fortschritt werden könne*. Einen so ungebrochenen Rückbezug auf Helmut Schmidts *Modell Deutschland* der 1980er Jahre – nun nicht nur unter ökonomischen und sozialen, sondern auch unter ökologischen Gesichtspunkten – würde heute, da unter Wissenschaftlern sehr ernsthaft über ein mögliches Ende des Anthropozän diskutiert wird, vermutlich niemand mehr wagen. Aber die Rückbesinnung auf die soziale Marktwirtschaft ist aber sehr wohl die Formel, die uns heute aus dem herrschenden Politikbetrieb heraus als Zukunftsperspektive nahegelegt wird – nun allerdings um eine ökologische Komponente erweitert.

Ich führe dieses Zitat zum Schluss meines Essays an, weil es besonders eindringlich vor Augen führt, wie tief verankert das, was ich institutionelles Denken genannt habe, in unseren Gewerkschaften ist, und wie herausfordernd es ist, unsere Lage *ungeschminkt, ungeschönt und rücksichtslos* zu beschreiben. Das aber bedeutet, dass es an dieser Stelle gilt, ideologisch zu nennende Vorstellungen zu durchbrechen, vor

denen auch unsere Gewerkschaften nicht geschützt sind. Als lebendige Institutionen der Arbeit sind sie selbst (auch) funktionaler Teil unserer Gesellschaft geworden Weil die aber, wie jede Gesellschaft, als *imaginäre Institution* (Castoriadis 1984) immer in ideologisch zu nennenden Vorstellungen befangen ist, sind sie davon nicht frei. Am Beispiel des Fortschrittsparadigmas habe ich das weiter oben illustriert und an anderer Stelle ausführlich analysiert. Da dies hier ein Aufsatz mit vielleicht ein wenig essayistischen Zügen ist, gestatte ich mir an dieser Stelle den Rückgriff auf einen berühmten philosophischen Literaten. Albert Camus hat in seinem Mittelmeer-Essay *Prometheus in der Hölle* gut ein Jahrzehnt nach dem Ende des zweiten Weltkrieges die politische Lage in Europa wie folgt gekennzeichnet:

Der heutige Mensch hat seine Geschichte gewählt. Und er konnte und sollte sich nicht von ihr abwenden. Aber statt sie sich Untertan zu machen, lässt er sich Tag für Tag von ihr mehr in die Knechtschaft drängen. Hier verrät er Prometheus, diesen Sohn mit den kühnen Gedanken und dem leichten Herzen'. Hier kehrt er zurück zum menschlichen Elend. Daraus Prometheus ihn retten wollte. ‚Sie sahen ohne zu sehen, sie hörten ohne zu hören, den Gestalten des Traumes gleich...‘(Camus 1957. 49).

Der Gedanke, dass unserer Praxis etwas Schlafwandlerisches eigen ist, solange wir nicht lernen politisch so zu handeln, dass diesem Handeln ein klares Denken und die Praktische Schulung unserer Urteilskraft vorausgehen müssen, findet sich in derselben Zeit ganz ähnlich auch bei Hannah Arendt. Sie schreibt (Arendt 1979, 190):

Das Denken begleitet das Leben und ist (im je aktuellen Denkvorgang, H.-M.) selbst die entmaterialisierte Quintessenz des Lebendigseins (...). Ein Leben ohne Denken ist durchaus möglich; es entwickelt dann sein eigenes Wesen nicht – es ist nicht nur sinnlos – es ist gar nicht recht lebendig. Menschen, die nicht denken, sind wie Schlafwandler.

Ihr ‚kategorischer Imperativ‘, *die* (und das heißt bei ihr an dieser Stelle alle) *Menschen zu handelnden Wesen zu machen*, ist vor dieser pointierten Formulierung zu verstehen. Eine solche radikaldemokratische Forderung mag uns heute angesichts der schier überwältigenden Gewalt systemisch gewordener Prozesse in einer globalisierten Welt leicht unreal erscheinen. Doch uns sollte zu denken geben – gerade auch im Blick auf die jüngeren Entwicklungen in den Vereinigten Staaten -, dass der Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, Thomas Jefferson, einmal geschrieben hat (zitiert nach Arendt 1974, 306):

Wenn das Volk je aufhören sollte, sich um öffentliche Angelegenheiten zu kümmern, werden wir alle, Ihr und ich, und der Kongress und die Parlamentsversammlungen, die Richter und die Statthalter, wie wir da gehen und stehen, zu reißenden Wölfen werden.

Man kann heute ja, wie unsere Gewerkschaften das in ihrer Arbeitspolitik tun, bei den mittlerweile als unverzichtbar erkannten Beteiligungsansätzen beginnen – und man wird dann bemerken, dass man weitergehend über eine Demokratisierung von Arbeit

und Wirtschaft wird nachdenken müssen. Und man wird dann auch zu meiner These gelangen, dass das immer noch vorherrschende institutionelle Denken vor einer entsprechenden *rücksichtslosen Bestandsaufnahme* heute keinen Bestand mehr haben kann – und dass die Dynamik der ablaufenden Entwicklung und die darauf reagierenden neuen sozialen Bewegungen ein weiteres Ausweichen davor zunehmend unmöglich machen. Es wird aber realistisch sein davon auszugehen, dass alte institutionelle Leitideen und Konzepte zählebig sind. Es bedarf also beim Versuch der Herstellung neuer Allianzen wechselseitiger Toleranz und auch einiger Bereitschaft zum Experimentieren. Allein, das ungebrochene Weiter-so wäre schlafwandlerisch. Fast alles wird darauf ankommen, ob Veränderungen des gesellschaftlichen Klimas, um die heute die großen Auseinandersetzungen geführt werden, erste wirkliche Veränderungsschritte, z. B. zu einem *Grünen New Deal* ermöglichen, für den dann Impulse für nächste Schritte ausgehen. Im Blick auf die Gewerkschaften als Institutionen der lebendigen Arbeit geht es mithin für Intellektuelle wie mich darum, denjenigen mit den begrenzten eigenen Möglichkeiten zuzuarbeiten, die in ihnen auf eine stärkere Öffnung hin zur Ökologiebewegung drängen und zugleich bemüht sind, Ansätze für eine neue Politik der Arbeit zu stärken. Aber im Blick auf alle diejenigen die von außen Bündnisse mit den Gewerkschaften anstreben, ist es wichtig einen nüchternen Blick auf deren spezifische Handlungsbedingungen und –Zwänge zu gewinnen.

Literatur

- Abelshauer, W. (2009): Nach dem Wirtschaftswunder. Der Gewerkschafter, Politiker und Unternehmer Hans Matthöfer, Bonn
- Anderson, E. (2019): Private Regierung. Wie Arbeitgeber über uns werben herrschen (und warum wir nicht darüber reden), Berlin
- Arendt, H. (1979): Vom Leben des Geistes. Das Denken. Das Wollen, München
- (2002) Denktagebuch. 1950 bis 1973, 2Bd., Herausgegeben von Ludz, U. und Nordmann I., München Zürich
 - Becker, J.; Jentsch, H. (2007): Otto Brenner. Eine Biographie, Göttingen
- Bergmann, G.; Daub, J.; Özdemir, F. (Hg.) (2019): Wirtschaft demokratisch. Teilhabe, Mitwirkung, Verantwortung, Göttingen
- Bergmann, J.; Jacobi, O.; Müller-Jentsch, W. (1975): Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Frankfurt/Köln
- Brandt, G. (1984): Zwischen Charisma und Routine. Das Dilemma der Gewerkschaften, in: Soziologische Revue, Sonderheft 1, „Aspekte der Arbeitsgesellschaft“
- Brinkmann, U.; Choi, Hae-Lin; Detje, R.; Dörre, K.; Holst, H.; Karakayali, S.; Schmalstieg, C. (2008): Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms, Wiesbaden
- Brokmeier, P. (1994): Institutionen als Organon des Politischen. Versuch einer begriffsbildung im Anschluss an Hannah Arendt, in: Göhler, G. (Hg.): Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden, S. 167-186
- Castoriadis, C. (1984): Gesellschaft als imaginäre Institution. Entwurf einer politischen Philosophie, Frankfurt am Main
- Detje, R.; Menz, W.; Nies, S.; Sanné, G.; Sauer, D.; Birken, T. (2008): Auseinandersetzungen um Betriebsschließungen - eine Bestandsaufnahme, Hamburg und München
- Dörre, K. (2002): Kampf um Beteiligung. Arbeit, Partizipation und industrielle Beziehungen im flexiblen Kapitalismus, Wiesbaden

- Dörre, K. (2010): Abschied von der intermediären Organisation? Eine Problemskizze zum Funktionswandel von Gewerkschaften und der Zukunft des sozialen Konflikts, Manuskript, vorgelegt zur 10. Jahrestagung des Forums Neue Politik der Arbeit, Berlin 01./02. 10. 2010 (www.FNPA.de)
- Dürrenmatt, F. (2020): Ich war nie auf einer Demonstration. Ich bin selber eine. Wir ehren ihn indem wir ihn posthum befragen: Ein Gespräch, in dem alle Antworten aus Dürrenmatts Werken und Interviews stammen, SZ-Magazin, Dezember 2020
- Dzielak, W.; Hindrichs, W.; Martens, H.; Stanislawski, V.; Wassermann, W. (1978): Beleg-schaften und Gewerkschaft im Streik. Am Beispiel der chemischen Industrie, Frankfurt/New York
- Dzielak, W., Hindrichs, W.; Martens, H. (1979): Den Besitzstand Sichern! Der Tarifkonflikt 1978 in der Metallindustrie Baden-Württembergs, Frankfurt/New York
- Dzielak, W.; Hindrichs, W.; Martens, H.; Schophaus, W. (1981): Arbeitskampf um Arbeitsplätze. Der Tarifkonflikt 1978/79 in der Stahlindustrie, Frankfurt/New York
- Ferber, C. v. (1961): Die Institution der Arbeit in der industriellen Gesellschaft – Versuch einer theoretischen Grundlegung. Habil.-Schrift, (nur teilweise veröffentlicht) Göttingen
- Frerichs, J.; Martens, H. (1999) Projektmanagement in der Betriebspolitik, in ARBEIT 4/1999, S. 389-405 (1999)
- Göhler, G. (Hg.) (1987): Grundfragen der Theorie politischer Institutionen. Forschungsstand-Probleme-Perspektiven, Opladen
- Gotto, B. (2019): Erinnerungskulturen sozialer Demokratie. Ein schöngeredeter Misserfolg? Erinnerungen an das 1976er Mitbestimmungsgesetz. Arbeitspapier aus der Kommission „Erinnerungskulturen der sozialen Demokratie“, Düsseldorf, hbs.de
- Haipeter, T.; Dörre, K. (Hg.): Gewerkschaftliche Modernisierung, Wiesbaden
- Hindrichs, W.; Jürgenhakt, J.; Kleinschmidt, C.,; Kruse, W.; Lichte, R.; Martens, H. (2000): Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch in der Stahlindustrie und die Rolle der Betriebsräte von 1060 bis in die neunziger Jahre, Essen
- Huber, B. (2010): Kurswechsel für Deutschland. Lehren aus der Krise, in: ders. (Hg.): Kurswechsel für Deutschland. Lehren aus der Krise, Frankfurt/New York, S. 13-89
- Kapp, W.; Martens, H. (1996): Institutionelle Entwicklung und Transformationsprozess. Theoretisch-methodische Überlegungen und empirische Fallstudien zu betrieblicher Mitbestimmung und lokaler Arbeitspolitik in Ostdeutschland, Münster
- Katenkamp, O.; Dechmann, U. Guhlemann, K.; Martens, H.; Maylandt, J.; Meyn, C.; Peter, G. mit einem Gastbeitrag von W. Kothe (2018): Betriebsratshandeln zwischen Prävention und Innovation – die Bedeutung der §§ 90/91 BetrVG für die Gestaltung von Restrukturierungsprozessen, Düsseldorf
- Kempter, K. (2003): Eugen Loderer und die IG Metall. Biographie eines Gewerkschafters, Filderstadt
- Lehndorff, S. (2012b): ‚Besser statt billiger Demokratisierung der Arbeit als Flucht nach vorn. in: Fricke, W.; Wagner, H. (Hg.): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg, S. 203-221
- Lucas, E. (1983): Vom Scheitern der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt/Main
- Martens, H. (1992a): Gewerkschaften als Interessenverband oder soziale Bewegung. Überlegungen zu einer irreführenden Alternative angesichts der Notwendigkeit einer arbeitspolitischen Erweiterung gewerkschaftlicher Interessenvertretung, in: ders. (1992): Gewerkschaftspolitik und Gewerkschaftssoziologie. Gewerkschaftsforschung am Landesinstitut Sozialforschungsstelle, Dortmund, S. 175-196
- (1992b): Gewerkschaftlicher Organisationsaufbau und Mitbestimmung in Ostdeutschland. Ein eigenständiger und schwieriger Institutionalisierungsprozess und seine Folgen für die industriellen Beziehungen in der größer gewordenen Bundesrepublik, sfs-Beiträge aus der Forschung, Bd. 59
 - (1993): Zusammen mit R. Klatt: Beiträge zur gewerkschaftlichen Zukunftsdiskussion - konzeptionelle Überlegungen und praktische Stellungnahmen, sfs- Beiträge aus der Forschung Bd. 68)
 - (1994a): Der konfliktsoziologische Ansatz der Sozialforschungsstelle bei ihrer Neugründung 1972, in: Krahn, K.; Peter, G.; Skrotzki, R. (Hg.): Immer auf den Punkt. Bei-

- träge zur Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung, Arbeitspolitik. Willi Pöhler zum 60. Geburtstag, Dortmund, S. 165-178
- (1994b): Empirische Institutionenforschung – theoretische und methodologische Aspekte am Beispiel der Mitbestimmungsforschung, in: Göhler, G. (Hg.): Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden, S. 273-300
 - (1995a): Beiträge zur gewerkschaftlichen Reformdebatte - empirische Befunde, konzeptionelle Überlegungen, praktische Stellungnahmen, sfs Materialien aus der Forschung Bd. 27
 - (1995b): Organisatorisch konsolidiert- institutionell nicht gefestigt. Gewerkschaftlicher Organisationsaufbau und Mitbestimmung in Ostdeutschland - Eine Zwischenbilanz nach fünf Jahren, sfs Beiträge aus der Forschung
 - (1996): Zur Institutionalisierung von Mitbestimmung in Ostdeutschland im Kontext der Modernisierung der industriellen Beziehungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Kollmorgen, R.; Reißig, R.; Weiß, J. (Hg.): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland, Opladen, S. 165-178
 - (1997a): Gewerkschaftszusammenschlüsse und Organisationsreformen. Die Entstehung der IG Bergbau-Chemie-Energie und die Organisationsreform des DGB, sfs Beiträge aus der Forschung Bd. 92
 - (1997b): Sammelrezension zu: Meyer, H.W. (1994) (Hg.) Aufbrüche – Anstöße. Beiträge zur Reformdiskussion im Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften, Bd. 1; Meyer, H—W. (1994): Sozial gerecht teilen – ökologisch umsteuern? Beiträge zur Reformdiskussion..., Bd. 2; Schulte, D. (1995) (Hg.) Industriepolitik im Spagat. Beiträge zur Reformdiskussion..., Bd. 3; Schulte, D. (1996) (Hg.) Erneuerung des Sozialstaates, Beiträge zur Reformdiskussion..., Bd. 4, in: ARBEIT, 1/1997, S. 114 – 118
 - (2002a): Die Zukunft der Mitbestimmung beginnt wieder neu. Bilanz und Perspektiven der Mitbestimmung im Lichte von Grundlagen- und Auftragsforschung, Beratung und Forschungstransfer in den 1990ern, Münster-Hamburg-London
 - (2002b): Beteiligung ist aus vielerlei Gründen ein schwieriges Projekt. Beteiligungsansätze in der deutschen Stahlindustrie in den 1990er Jahren, in: Martens, H. (2002) Die Zukunft der Mitbestimmung beginnt wieder neu, Münster-Hamburg-London, S. 174- 193
 - (2003a): Aufbrüche und blockierte Reformvorhaben. Erfahrungen mit OE-Prozessen in den Gewerkschaften. Vortrag auf dem Hattinger Forum „Organisationslernen in Gewerkschaften – sind Gewerkschaften zukunftsfähig?“ – Hattingen, 19./20. 09. 2003, www.hattinger-kreis.de
 - (2003b) Wenn die IG Metall wüsste, was die IG Metall weiss...“ Vernetzte Strukturen und strategische Wissensallianzen als Katalysatoren einer Gewerkschaftsreform, www.drhelmutmartens.de
 - (2005): Nach dem Ende des Hype. Interessenvertretungsarbeit und Arbeitspolitik in der informational Ökonomie, Münster
 - (2006): Zum Organisationsentwicklungsprozess der IG BAU als Anpassungsprozess an dramatische Umbrüche -Gewerkschaften im Epochenbruch, www.drhelmutmartens.de
 - (2008a): Arbeits- und Industriesoziologie: Ende der Debatte bedeutet nicht Ende der Krise, in: Soziale Welt 2/2008, S. 790-100
 - (2008e): Krise der Industriesoziologie und/oder neue Formen der Wissensproduktion? Herausforderungen empirischer Arbeitsforschung im Epochenbruch, in: Huchler, N. (Hg.): Ein Fach wird vermessen. Positionen zur Zukunft der Disziplin Arbeits- und Industriesoziologie, Berlin,. S. 169-198
 - (2010a) Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
 - (2010b): Beteiligung als soziale Innovation, in: Howaöldt, J.; Jacobsen, H. (Hg.): Soziale Innovation. Auf dem Weg zu erinnern postindustriellen Innovationsparadigma, Wiesbaden, S. 371-390

- (2013): Anschlussfähigkeit oder politische Subjektivierung. Zur grundlagentheoretischen Fundierung anwendungsorientierter Arbeitsforschung Eine auch persönliche Bilanz, Münster
 - (2015a): „Grenzgängerische“ Erfahrungen mit der Industriesoziologie – Reflexionen angesichts der spezialdisziplinären Entpolitisierung eines Fachs mit einmal umfassenderem gesellschaftlichem Gestaltungsanspruch, www.drhelmutmartens.de, Essays
 - (2016a): Refeudalisierung oder Überwindung des Kapitalismus? Am Ende der industriekapitalistischen Wachstumsdynamik, Hamburg
 - (2018a): Auswege aus dem gewerkschaftlichen ‚Gefangenendilemma‘? Zu Hans-Jürgen Urbans Transformationsüberlegungen, in *Sozialismus* 2/2018, S.50-54
 - (2019b): Warum in die Ferne schweifen? Angesichts der Herausforderungen linker Politik ein Blick auf die SP Schweiz, in: *spw-Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft*, Heft 230, Ausgabe 1 – 2019, S. 63-71
 - (2020a) Arbeit und Demokratie. Die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft nicht nur praktisch-politisch sondern auch philosophisch fundiert neu denken, Dortmund
 - (2020b) Die Corona-Krise als Störung des ‚Weiter-so‘, in: *Sozialismus*, 10/2020, S. 57-62
 - (2021a): Generationswechsel und Generationswechsel – ein aktuelles Thema der Betriebsratsforschung in institutionentheoretisch erweiterter Sicht (Veröffentlichung in Vorbereitung)
 - (2021b): Tagungsbericht: Transformation und Demokratie, in: *Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw)*, Heft 242, Ausgabe 1/2021. S.101f
 - (2021c): Der Traum vom ewigen Fortschritt. Zur Kritik des herrschenden Fortschrittsparadigmas, www.drhelmutmartens.de (eine pointierte Aufsatzfassung zu diesem Essay ist im Erscheinen)
 - (2021d): Im Angesicht der Krise des demokratischen Projekts der Moderne, in *spw*, Heft 242, 1/2021, S. 88-96, als längerer Essay auch unter www.drhelmutmartens.de
 - (2021e) Transformation und Demokratie, www.drhelmutmartens.de
- Martens, H.; Dechmann, U. (2010) Am Ende der Deutschland AG. Standortkonflikte im Kontext einer neuen Politik der Arbeit, Münster
- Martens, H.; Peter, G. Wolf, F. O. (1984): Arbeit und Technik in der Krise. Gewerkschaftspolitik und alternative Bewegung, *sfs-Beiträge aus der Forschung*, Bd. 2
- Martens, H.; Scholz, D.(2011): Wirtschaftsdemokratie neu denken, www.FNPA.de
- Martens, H.; Steinke, J. (1993): Gewerkschaftliche Arbeit „vor Ort“. Lokale Arbeitspolitik als Zukunftschance, Köln
- Müller-Jentsch, W. (1984): Klassen-Auseinander-Setzungen. Lesarten über die Arbeitskonflikte der siebziger Jahre und Mutmaßungen über die Zukunft der Gewerkschaften, in: *PROKLA* Nr. 54, S. 10ff
- (1986): Soziologie der industriellen Beziehungen. Eine Einführung, Frankfurt/New York
 - (1997): Soziologie der industriellen Beziehungen, 2. Überarbeitete und erweiterte Auflage, Frankfurt/New York
- Negt, O. (1968): Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen. Zur Theorie der Arbeiterbildung, Frankfurt am Main
- Pirker, T. (1960): Die Blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland (2 Bde.), München
- Rehberg, K.-S. (1994): Institutionen als symbolische Ordnungen. Leitfragen und Grundkategorien zur Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen, in: Göhler, G. (Hg.): Die Eigenart politischer Institutionen, Baden-Baden, S. 47-84
- Schmidt, E. (1970) Die verhinderte Neuordnung, Frankfurt am Main
- (1971): Ordnungsfaktor oder Gegenmacht. Die politische Rolle der Gewerkschaften, Frankfurt am Main
- Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Wolf, F.O. (Hg.) (2006): Turnaround. Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Münster
- Streeck, W. (1981) Gewerkschaftliche Organisationsprobleme in der sozialstaatlichen Demokratie, Königstein/Ts

- Széplábi, M. (1973): Das Gesellschaftsbild der Gewerkschaften. Eine wissenssoziologische Analyse gesellschaftstheoretischer Programm-Aussagen des DGB, Stuttgart
- Urban, H.-J. (2009): Die Mosaik-Linke, in: Blätter für Deutsche und internationale Politik, 5/2009, S. 71-78
- (2020): Transformation als Bewährungsprobe. Warum weine sozial-ökologische Reformallianz eine unverzichtbare, aber schwierige Angelegenheit bleibt, in: Sozialismus 9/2020, S. 34-41
- Vassialidis, M. (2011): Industriepolitik – Wachstum – Innovation, in: Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, Juli/August 2011
- Vester, M. (1970): Die Entstehung des Proletariats als Lernprozess. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792 bis 1848, Frankfurt am Main
- Wahl, A. (2011): Zur Bildung progressiver Bündnisse, in: Gegenblende. Das gewerkschaftliche Debattenmagazin, Juli/August 2011
- Zoll. R. (1976): Der Doppelcharakter der Gewerkschaften, Frankfurt am Main